

Texte zu

FLUCHT UND MIGRATION



Zu den Aktionstagen gegen den G8-Gipfel im Juni 2007
Dokumentation und Diskussion

Inhalt



Im Gesamtprotest breit angekommen in der Antirassistischen Bewegung wenig angenommen ...	4
--	---



Redebeitrag der Flüchtlinge aus Mecklenburg-Vorpommern auf der Grossdemonstration am 2. Juni	7
--	---



Universelle Bewegungsfreiheit und gleiche Rechte für alle! Beitrag von Lucile Daumas auf dem Eröffnungsforum der G8-Protteste, Rostock 2007	8
---	---



Globale Bewegungsfreiheit gegen globale Apartheid Transnationaler Talk mit AktivistInnen aus 4 Kontinenten	11
--	----



„Es herrscht Chaos auf allen Ebenen“ Flüchtlingspolitik an der Südgrenze am Beispiel Italien	17
--	----



Arbeitsmigration, Landwirtschaft und die Rolle der Supermarktketten Zwischenbilanz und Ausblick einer Kampagne	20
--	----



Leben und Überleben in Oujda Situation der Migrantinnen vor der EU-Südgrenze	23
--	----



Wie ein zweiter Sklavenexport Amadou M'Bow über die Situation von MigrantInnen in Mauretanien	25
---	----



Neoliberale Zurichtung in Afrika und die Selbstorganisierung von Frauen im Senegal	28
--	----



Ressourcenkriege und Migration Menschenrechte in der DR Kongo	30
---	----



Stop EPA – auch bei den Anti-G8-Aktionen! Zu den Hintergründen der sogenannten Wirtschafts-Partnerschaftsabkommen	32
---	----



Ukraine – „Marokko des Ostens“ Eindrücke und Hintergründe zum Noborder-Camp in Transkarpatien	34
---	----



Globale Bewegungsfreiheit und der Kampf um globale soziale Rechte Eine elementare Forderung mit Spannungsfeld	38
---	----



Dokumentation: Plattform der Initiative für Globale Soziale Rechte	41
Zum Weiterlesen: Ausgewählte Weblinks	41

Intro

Es war ein Montag und zwischen Auftakt-Grossdemonstration und erfolgreichen Massenblockaden ein eher ungünstig gelegener Brückentag in der Gesamt-Choreographie des Protestes gegen den G8-Gipfel. Dennoch haben am 4. Juni 2007 nach offiziellen Angaben bis zu 10.000 Menschen bei der Demonstration „Für Globale Bewegungsfreiheit und Gleiche Rechte für Alle“ in Rostock teilgenommen.

Selbst wenn es nach eigenen Schätzungen einige weniger waren und der gesamte Ablauf von einem polizeilichen Belagerungszustand geprägt war, diese Mobilisierung bleibt in mehrfacher Hinsicht ein großartiger Erfolg. Allenfalls vor 14 Jahren, anlässlich der faktischen Abschaffung des Grundrechts auf Asyl im Jahre 1993, kamen in Deutschland ähnlich viele TeilnehmerInnen zu einer Demonstration zum Thema Flucht und Migration zusammen. Vor dem Hintergrund, dass sich die Bewegungen und Kämpfe der Migration in den letzten Jahren weltweit enorm verstärkt haben, scheint es gelungen, diesen Schwerpunkt im Gesamtspektrum der globalisierungskritischen Bewegung sehr viel

breiter als bislang zu verankern. Dass Flucht- und Migrationsprozesse die Realitäten im globalen Süden und Norden in besonderer Weise verknüpfen, wird offensichtlich zunehmend anerkannt. Und diesem Kontext war es kein Zufall, dass ein Mittelpodium des Alternativgipfels mit AktivistInnen aus Afrika und Osteuropa besetzt war, die diese Zusammenhänge an konkreten Beispielen ausführten.

Ganz in dieser Orientierung stand auch die Entscheidung für die vorliegende Broschüre. Wir dokumentieren im folgenden verschiedene Beiträge zu Flucht und Migration aus den Anti-G8-Aktionstagen, eben um die vielfältigen thematischen Querverbindungen zu vertiefen und damit gleichzeitig die Forderung nach globaler Bewegungsfreiheit als zentralem Bestandteil eines Kampfes für weltweite soziale Rechte zu betonen.

IMPRESSUM:

Herausgeber

G8-Büro im Hessischen Flüchtlingsrat, Leipziger Str. 17, 60487 Frankfurt/Main **Tel** (069) 976 987 10 **Fax** -11
E-Mail → g8-buero@fr-hessen.de

Die Broschüre im Internet → www.nolager.de

ViSdP → Timmo Scherenberg

Redaktion → Hagen Kopp, Timmo Scherenberg **Layout** → Ingo Thiel **Druck** → Imprinta, 63179 Obertshausen
Auflage → 1500 **Erscheinungsdatum** → Oktober 2007

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder.

Wir danken für Übersetzung und Unterstützung →

Frauke Banse, Janina Giesecking, Conni Gunnser, Martina Pech, Gregor Samsa, Anke Schwarzer

Bilder → Lisa Bolyos, Stephan Dünnwald, José Palazón, Timmo Scherenberg, Marily Stroux

Wir danken für finanzielle Unterstützung:



dieGesellschafter.de





Blockadepunkt Börgerende am 7.06.2007

Im Gesamtprotest breit angekommen IN DER ANTIRASSISTISCHEN BEWEGUNG WENIG ANGENOMMEN ...

Bilanzversuch zu den Aktivitäten rund um Flucht und Migration in der Anti-G8-Mobilisierung

Im Rahmen der Anti-G8-Mobilisierung im Juni in Rostock und Heiligendamm gab es ein vielgestaltiges Programm zu Flucht und Migration, sowohl auf aktionistischer als auch auf inhaltlicher Ebene (siehe Rückseite der Broschüre). Die Bandbreite reichte von Demonstrationen, Kundgebungen und Aktionen bis hin zu Vernetzungstreffen, Veranstaltungen und Podiumsdiskussionen. Im wesentlichen waren drei Ziele mit den Bemühungen verbunden, dieses umfangreiche Programm dort stattfinden zu lassen:

1. eine stärkere Verankerung dieser Thematik in der gesamten Protestbewegung;
2. Ansätze transnationaler Vernetzung aufzugreifen und zu vertiefen;
3. einen Bündelungspunkt für die oftmals sehr zersplittert erscheinenden antirassistischen Netzwerke zu schaffen.

Während zu den ersten beiden Punkten eine ziemlich erfolgreiche Umsetzung gelungen ist, fällt die Bilanz zum dritten Punkt doch eher kritisch aus.

Erfolgreich in der Gesamtbewegung verankert ...

Von verschiedenen NGOs und attac über die aktiveren gewerkschaftlichen und Partei-Jugendverbände bis hin zum linksradikalen Dissent-Netzwerk – quer durch das gesamte Protestspektrum gab es in der Mobilisierung gegen den G8-Gipfel eine überraschend große Akzeptanz bis Offenheit für das Thema Flucht und Migration. Das lag zum einen daran, dass einzelne Gruppen aus dem NoLager-Netzwerk und von kein mensch ist illegal den Anspruch auf eigenständige Thematisierung sehr frühzeitig eingebracht hatten. Bereits im Frühjahr 2006, zur ersten Aktionskonferenz in Rostock, stand der Vorschlag für eine Extra-Demonstration zum Migrations-thema im Raum. Zum zweiten überzeugte die „inhaltliche Brücke“: denn die strukturellen Hintergründe von Flucht und Migration sind oftmals in der zerstörerischen Politik der G8 zu finden. Insofern können Flüchtlinge und MigrantInnen diese Zustände aus direkter eigener Erfahrung kritisieren. Zudem sind es wiederum die G8-Staaten, die ein globales Migrationsregime hochrüsten und damit die Verantwortung tragen für die vielen tausend Toten an den Außengrenzen.

Und schließlich dürfte entscheidenden Einfluss gehabt haben, was einleitend im Aufruf zum 4. Juni-Aktionstag formuliert wurde: „Bewegungen und Kämpfe von Flüchtlingen und MigrantInnen verstärken sich überall auf der Welt. In San Diego oder Ceuta werden Grenzen unterlaufen, in Los Angeles oder Brüssel Legalisierung eingefordert, in Hamburg oder Bamako sich Abschiebungen widersetzt, in London oder Woomera in Abschiebungsknästen rebelliert, in El Ejido oder Seoul gegen Prekarisierung gekämpft. Niemand kann mehr die globale Dimension und wachsende Bedeutung von migrantischen und Flüchtlingskämpfen ignorieren ...“.

Und dass die entsprechenden Forderungen nach globaler Bewegungsfreiheit und gleichen Rechten breiter denn je zumindest zur Kenntnis genommen und von großen Teilen der Protestbewegung auch mitgetragen werden, hat sich in Rostock auf verschiedenen Ebenen niedergeschlagen: so in der Gestaltung der Demonstrationsspitze einer der zwei Marschroueten auf der Großdemo am 2. Juni oder im Eröffnungsbeitrag auf dem Alternativgipfel, vor allem aber in der großartigen Beteiligung am Migrationsaktionstag am 4. Juni. Mit nahezu 10.000 TeilnehmerInnen wurde die 4.6.-Demonstration zur zweitgrößten Manifestation der gesamten Aktionswoche! Und dieser tolle Mobilisierungserfolg ist auch dadurch nicht zu schmälern, dass die Demonstration im weiteren Verlauf abgebrochen werden musste, weil die Polizei die angemeldete Route durch die Stadt kurzfristig verweigerte und es eine erneute Eskalation an diesem Tag unbedingt zu vermeiden galt.

Transnationale Vernetzung vertieft ...

Unter inhaltlicher Bezugnahme auf internationale Konferenzen und Aktionstage im letzten Jahr sowie mit den dabei entwickelten Kontakten wurde im Vorfeld der Anti-G8-Woche für Sonntag, den 3. Juni, zu einem transnationalen Netzwerktreffen zu Flucht und Migration aufgerufen. Über 200 Interes-

sierte haben letztlich an dieser Tagung teilgenommen, und die Zusammensetzung war in der Tat transnational, zumal es durch finanzielle Mittel des Alternativgipfels möglich war, AktivistInnen aus mehreren afrikanischen und osteuropäischen Ländern nach Rostock einzuladen. In den Arbeitsgruppen ging es nicht allein um Informationsaustausch sondern auch um konkrete Kampagnen und Projekte, um vor dem Hintergrund einer zunehmenden Externalisierung der EU-Migrationskontrolle z.B. gegen bestimmte Rückführungsprogramme nach Afrika oder gegen die neuen Lager in Osteuropa zu intervenieren. So wurde ein für Mitte August in der Ukraine geplantes Noborder-Camp bekannt gemacht, das dann in Transkarpatien unmittelbar an der neuen Außengrenze der EU stattfand (siehe Seite 34). Und es wurden weitere Verabredungen getroffen, um der Vorverlagerung des EU-Grenzregimes nach Nordafrika entgegenzuwirken, u.a. bei anstehenden EU-Afrikanischen Regierungskonferenzen im Rahmen der portugiesischen EU-Präsidentschaft.

Jedenfalls ist es über diese Arbeitsgruppen sowie weitere Diskussionen im Rahmen des Alternativgipfels gelungen, die Anti-G8-Mobilisierung dafür zu nutzen, die Kontakte insbesondere zu den afrikanischen AktivistInnen auszubauen. Schon in den Wochen darauf hat sich gezeigt, dass beispielsweise der Informationsfluss über neue Menschenrechtsverletzungen gegenüber Flüchtlingen und MigrantInnen in Marokko (siehe Seite 23) sehr viel schneller und verbindlicher geworden ist.

... aber Antirassistische Bündelung ziemlich misslungen

Die Idee kam früh, schon Ende 2005, und sie war und blieb ambitioniert: Im Rahmen der Mobilisierungstage gegen den G8 eine Demonstration zu Migration auf die Beine zu stellen,



die 5-stellig ausfallen soll – also 10.000 plus!

Das wäre für hiesige Verhältnisse geradezu sensationell gewesen, und angesichts einer Anti-Ra-Szene, die sich „zwischen Vielfalt und (vor allem) Zersplitterung“ bewegt, ein enormer Bündelungserfolg, der absehbar zu keinem anderen Anlass erreichbar sein dürfte. Wenige Wochen vor dem G8 erschien dieser Anspruch aber als reine Illusion, denn die gesamte Anti-G8-Vorbereitung gestaltete sich äußerst zäh, und in die spezielle Vorbereitung zum Migrationsaktionstag hatten sich auch im Endspurt kaum neue Gruppen eingeklinkt.

Dass die 10.000er-Demo dann dennoch nahezu gelungen ist, dass und wie viele Leute sich am 4. Juni beteiligt haben, bleibt zunächst ein riesiger Erfolg. Dass auf der Demo aber über weite Strecken keine Transparente zu sehen waren, ist eines der Anzeichen dafür, dass aus längerfristig arbeitenden lokalen Antira-Zusammenhängen relativ wenige beteiligt waren. Die Masse der DemonstrantInnen kam aus den Anti-G8-Camps, aus klarer Solidarität oder gar Überzeugung für die Forderungen nach globaler Bewegungsfreiheit und gleichen Rechten für alle! Wie bereits oben ausgeführt, erscheint das Thema Flucht und Migration insofern besser verankert denn je.

Demgegenüber konnte m.E. der Anspruch, mit diesem Migrationsaktionstag eine Bündelung der verschiedensten Antira-Netzwerke zu ermöglichen, so gut wie gar nicht umgesetzt werden. Die Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen war in den drei Wochen vor dem G8 durch die BRD gezogen und dann offensichtlich zu erschöpft, um am 4.6. nochmals stärker präsent zu sein oder gar zu mobilisieren. Auch von den 2000 Beteiligten, und darunter ja vor allem migrantischen Jugendlichen, die noch im November 2006 so eindrucksvoll in Nürnberg für das Bleiberecht demonstriert hatten, waren in meiner Wahrnehmung nur wenige in Rostock dabei. Aus den kein mensch ist illegal-Strukturen waren zahlreiche Initiativen gar nicht erst oder maximal mit zuguckenden Einzelpersonen angereist. Dasselbe galt dann umso mehr für

migrantische Vereine oder auch das Mobilisierungspotential der Flüchtlingsräte, die jeweils im frühen Vorfeld angesprochen worden waren, sich aber offensichtlich ebenfalls entschlossen hatten, dass ihnen dieser Aktionstag (geographisch und inhaltlich?) zu weit weg ist.

Davon ausgehend, dass „wir als antirassistische Bewegung“ in vielen Regionen dezentral Demonstrationen mit mehreren hundert Beteiligten immer wieder hinkriegen und somit BRD-weit durchaus ein Gesamtpotential von einigen tausend demonstrationswilligen Antiras existiert, konnte für Rostock am 4.6. allenfalls ein Bruchteil mobilisiert werden.

Das heißt, dass sich selbst zu einem medienwirksamen Anlass wie dem G8-Gipfel und der sowohl frühzeitig (1 1/2 Jahre!) wie auch breit bekannt gemachten Mobilisierung für den Migrationsaktionstag eine relevante bundesweite Bündelung aus den diversen Antira-Netzwerken nicht hinkriegen lässt. Sei es, weil die Differenzen als zu groß erachtet werden und der politische Wille in den jeweils zersplitterten Netzwerken fehlt, sich wenigstens punktuell zusammenzuraufen; sei es, weil alleine die lokale Arbeit im Vordergrund steht: es gibt zur Zeit offensichtlich keine Bündelungsperspektiven!

So großartig also die gesamte Anti-G8-Mobilisierung auch war und so unerwartet stark darin die Migrationsaktionen ausfielen, sollte dies den anhaltend zersplitterten Zustand der bundesweiten Antira-Strukturen nicht überdecken.

Bleibt zu hoffen, dass die insgesamt überwiegend positive Erfahrung der „Bewegung der Bewegungen“ mit ihren großen Protestdemonstrationen sowie den erfolgreichen Blockaden in Rostock und Heiligendamm auch auf die verschiedenen antirassistischen Netzwerke abfärbt und dazu motiviert, die potentielle Stärke immer wieder auch in zumindest einzelnen gemeinsamen Mobilisierungen zu suchen.

h., kein mensch ist illegal, Hanau

Demo in Rostock am 4.06.2007



Redebeitrag der Flüchtlinge aus Mecklenburg-Vorpommern

AUF DER GROSSDEMONSTRATION AM 2. JUNI



R.H., 34, stammt aus Algerien. Er lebt seit über 8 Jahren als geldedeter Flüchtling in Deutschland. Auf der Auftaktkundgebung des westlichen Zuges der Großdemonstration am 2. Juni in Rostock sprach er als Vertreter der Flüchtlinge in Mecklenburg-Vorpommern. Es war eine gemeinsame Entscheidung der Flüchtlinge, die Rede erstens in deutsch zu halten sowie zweitens zu grammatikalischen Schnitzern und der gleichen mehr zu stehen. Auf diese Weise sollte dem Umstand Ausdruck verliehen werden, dass Flüchtlinge zwar Teil der deutschen Gesellschaft sind (und deshalb durchaus eine Rede in deutsch halten können), dass umgekehrt jedoch die Aneignung der deutschen Sprache meist unter äußerst widrigen Bedingungen erfolgt.

Guten Tag, liebe Freunde, liebe Freundinnen, liebe Brüder und Schwestern, im Namen der Flüchtlinge in der ganzen Welt demonstrieren wir heute gegen die Politik der G8-Länder und das kapitalistische System. Als betroffene Menschen wollen wir euch informieren über unser Situation in dieser Welt. Wir leben unter Gesetzen von Diskriminierung, Kriminalisierung und Rassismus. Überall in dieser Welt, an den Grenzen von Europa bis zu Grenze zwischen Mexico und der USA leiden die Flüchtlinge. Sie sind nicht willkommen. Freunde und Freundinnen, Brüder und Schwestern, die Mittelmeer ist ein Friedhof geworden. Überall Leichen von Flüchtlinge und wer schafft, nach Europa zu kommen, landet in einer Welt von Abschiebeterror, rassistische Polizeigewalt, Lager, Arbeitsverbot oder extrem Ausbeutung.

Ich möchte euch gern Beispiel aus Deutschland geben – ich möchte euch informieren, dass die meisten von uns dürfen nicht auf dieser Demo sein wegen Residenzpflicht. Das heißt: Wir sind Gefangene in unser Landkreis. Und wir dürfen reisen nur mit Reiseerlaubnis von der Ausländerbehörd.

Ich möchte auch über die Thema Lager reden. Ich hab 5 Jahre von meinem Leben im Dschungelheim verbracht. In ein Ort,

wo keine Möglichkeit gibt, mit der Gesellschaft zu tun zu haben. Ungefähr 10 Kilometer von ein Kleinstadt entfernt. Ich hab diese Gefühl gehabt, dass wir sind Tier geworden. Ich bin ein Alkoholiker geworden, andere sind verrückte geworden. Und wer diese Situation nicht akzeptiert und er möchte in eine große Stadt sein, er muss versuchen, eine Schwarzarbeit zu finden oder er landet in die Kriminalität. Ich war auch Dieb gewesen. Deswegen war ich dreimal im Knast.

Und ich möchte noch ein Beispiel geben über die Polizeigewalt in Deutschland. Oury Jalloh, meine Freunde und Freundinnen, er war eine Flüchtlinge aus Sierra Leone. Vor zwei Jahren war er verhaftet von Dessau-Polizei. In der Polizeizelle war

er gefesselt von der Hände und der Beine.

In dieser Nacht ist er verbrannt. Oury Jalloh ist tot. Sie behaupten, dass war eine Selbstmord gewesen, aber die Frage ist, wenn man gefesselt ist, wie kann man eine Feuer erzeugen und warum hatte die Polizei die Feualarm zweimal ignoriert. Es gibt im Moment eine Gerichtprozess, wo diese Fragen versucht sollen zu klären. Aber wir sagen, das war ein Moord, das war ein Moord.

Aber heute wir wissen, dass die Grund unserer Situation ist der Politik der Herrschenden in dieser Welt. Sie behaupten, dass sie wollen der so genannten Dritte

Welt helfen. Aber wir sagen heute, wie kannst du diese Länder helfen und gleichzeitig zerstörst du diese Länder? Wie kannst du helfen und du bist selber schuld in die Krieg in diese Welt mit deiner Waffenindustrie? Wie kannst du helfen und gleichzeitig unterstützt du die Diktatur in diese Länder? Wie kannst du helfen und du denken nur an dein Kapital und deine Wachstum? Wie kannst du helfen und du terrorisieren die Flüchtlinge von diese Länder?

Deswegen, liebe Freunde und Freundinnen, alles Flüchtlinge aus diese Welt wir erwarten kein Ergebnis von dieser G8-Gipfel. Weil Kapitalismus heißt Rassismus – und wir brauchen Solidarität. Weil Kapitalismus bedeutet Krieg – und wir brauchen Frieden. Weil Kapitalismus heißt Ausbeutung und wir brauchen Gerechtigkeit.

Im Namen aller Flüchtlinge auf dieser Welt wir sagen heute, dass wir sind frei geboren und wir bleiben frei. Niemand hat Recht, unser Freiheit zu beschränken. Deshalb fordern wir, dass ihr uns für unser Kampf unterstützt – bis alle Menschen gleich viel wert sind und bis alle Menschen die gleiche Rechte haben auf dieser Erde.

Dankeschön!

Universelle Bewegungsfreiheit und gleiche Rechte für alle!

**BEITRAG VON LUCILE DAUMAS (ATTAC MAROKKO)
AUF DEM ERÖFFNUNGSFORUM DER G8-PROTESTE, ROSTOCK 2007**

Unsere Welt befindet sich immer noch und immer wieder im Krieg. Nicht nur in Afghanistan oder im Irak, im Libanon und in Palästina, im Kongo oder in Nigeria, sondern auch vor der Küste der Kanarischen Inseln oder Maltas, in der Meerenge von Gibraltar, in der Ägais, an den italienischen, senegalesischen, mauretanischen Küsten oder auch an der Grenze, die die USA und Mexiko trennt. Denn der „Kampf gegen die illegale Einwanderung“ bildet die vorverlagerte Front eines weiteren Krieges, des sozialen Krieges. Er wird von den multinationalen Konzernen und Investoren mit Unterstützung der Regierungen geführt. Die G8 sind hierbei eines der Instrumente dieser Weltregierung, und sie sind zweifelsohne eines der illegitimsten. In den vergangenen 20 Jahren gab es mehr als 8000 Tote auf den Routen von Afrika in Richtung Europa, aber in der letzten Zeit steigt die Zahl der Toten immens an und die Bilanz verschlechtert sich von Monat zu Monat.

Diesen Krieg führen die Herrschenden gegen jene, die ihnen die Profite bescheren, gegen die ArbeiterInnen, die ihr Erreichtes in Frage gestellt sehen, gegen die Jugendlichen, die keine Perspektive haben als Prekarität und Flexibilität, gegen die ImmigrantInnen, die in ihre Ghettos der Vorstädte und in die illegalisierten Werkstätten zurückgeworfen werden.

Diesen Krieg führen sie gegen ganze Völker, denen sie ihre landwirtschaftlichen Erzeugnisse und ihre Bodenschätze entreißen. Sie führen ihn, indem sie auch noch die wenigen verbliebenen Ressourcen durch eine ungerechte Schuldenpolitik herauspressen, durch Privatisierungen, die die Völker ihrer öffentlichen Güter berauben, durch einen ungleichen Handels, der nur vom Namen her frei ist, und durch Diktaturen, die mehr oder weniger den Charakter einer Karikatur der Demokratie angenommen haben.

Niemals waren Reisen, Kommunikation, Austausch so einfach wie heute. In einer Zeit des Freihandels profitieren jedoch nur diejenigen von der Bewegungsfreiheit der Waren und des Kapitals, die diese besitzen. Die Menschheit ist geteilt in diejenigen, die sich frei bewegen können und diejenigen, denen das verboten ist. Die Grenzen militarisieren sich, sind mit Stacheldraht gespickt, die Mauern ragen empor, transformieren Stadtteile, Städte, Länder, Regionen, an so vielen Festungen, in die sich die Wohlhabenden zurückziehen.



Sturm auf die
Grenzzäune,
Ceuta und Melilla,
Oktober 2005.
Fotos: Über-
wachungskamera



Das Grundrecht auf Bewegungsfreiheit, festgeschrieben im Artikel 13 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, ist eine Vorbedingung für die Wahrnehmung anderer Grundrechte. Es ist Bedingung für das Recht auf Leben, um Zugang zu Nahrung und Sicherheit zu erlangen, wenn diese nicht vorhanden sind, und es ist Bedingung für das Recht auf Respekt und Würde, wenn diese im eigenen Land mit Füßen getreten werden.

Was ist mit der Freiheit, wenn die alleinige Tatsache, unverheiratet zu sein, ein Motiv für die Verweigerung eines Visums sein kann? Das ist einem meiner marokkanischen Freunde passiert, der hier in Rostock sein sollte. Was ist mit dem Asylrecht, wenn der Flüchtling sich verpflichtet sieht, Asyl in einem Land zu beantragen, das er sich nicht ausgesucht hat und das ihn nicht aufnehmen will, all das, indem ihm die Zugangswege in ein anderes Land verschlossen werden? Es ist diese absurde Situation, die die Flüchtlinge erleben, die aus Schwarzafrika nach Marokko, wo ich lebe, kommen, und die sie dazu bringen, Kundgebungen vor dem Sitz des UNHCR abzuhalten, der es vorgezogen hat, sich auf die Seite seiner Geldgeber zu stellen, der Staaten der Europäischen Union, statt auf die Seite derjenigen, die er eigentlich schützen sollte.

Nach Schaffung des Schengen-Raums haben die europäischen Länder mit Druck und Bedingungen ihre sogenannten „Partner“ des südlichen Mittelmeers aufgefordert, ihrerseits ihre Grenzen gegenüber den Staatsangehörigen der Länder ihres Südens zu schließen. Vorher konnten sie ohne Probleme von einem Land zum andern wandern, in den Fußstapfen ihrer Vorfahren, die mit Karawanen unterwegs waren. Heute haben sich die Maghreb-Länder in eine Mausefalle für diejenigen verwandelt, die es schaffen, dort einzureisen. Es ist eine Falle, in der es für die MigrantInnen nur noch darum geht, den Razzien und Rückführungen an die Grenze zu entkommen, indem sie sich in den Wäldern verstecken, sich in die Gässchen der Arbeiterviertel verkriechen, wo sie zu exorbitanten Preisen enge und ungesunde Zimmer mieten.

Doch damit nicht genug: Nach Unterzeichnung von Ketten-Rückübernahmeverträgen sind dieselben Länder dazu angehalten, alle MigrantInnen wieder aufzunehmen, die die EU abschiebt und die zuvor durch ihr Territorium hindurch gekommen waren. Parallel dazu hat die EU einen Sicherheitsapparat erschaffen – das berühmte System FRONTEX, der die europäischen Steuerzahler Millionen kostet, um hochgezüchtete Überwachungssysteme zu entwickeln. Doch dieses Unterfangen ist genauso kostspielig wie zum Scheitern verurteilt. Wie kann man einen ganzen Kontinent, seine Küsten und seinen Luftraum in ein immenses Netz pressen? Es ist unvermeidlich,

dass die Menschen, die von einem geplünderten und verwüsteten Kontinent fliehen, die gesicherten Zonen umgehen, neue Routen erfinden, die immer länger und gefährlicher sind. Profitieren davon tut am meisten die Mafia, die an allen rechtsfreien Räumen dieses Planeten ihr Geschäft macht.

Besonders hoch ist der Preis, den die Frauen zahlen müssen. Sei es auf den Migrationsrouten oder in den provisorischen Camps, sie erfahren unbeschreibbare Gewalttaten, ob von Seiten der Repressionskräfte, der Mafia oder ihrer eigenen Landsleute. Sie sind Vergewaltigungen und Angriffen ausgesetzt, aber auch Entbindungen am Straßenrand oder unter freiem Himmel, ohne jede medizinische Hilfe; verbunden mit Fehlgeburten gehören schon fast zum Alltag. Das ist die Gewalt, die sie in Ruanda, im Kongo, in der Elfenbeinküste oder in Nigeria erlebt haben, die sie dazu gebracht hat, sich auf den Weg zu machen, und diese Routen erlegen ihnen dieselbe Gewalt auf, es ist ein Alptraum ohne Ende. Und am Ende gilt auch für sie die Schließung der Grenzen, die Verweigerung des Rechts auf Asyl, das Gespenst der Abschiebung.

Unter dem Deckmantel des Rechts und der Demokratie haben die Staaten Europas und Nordamerikas den Kampf gegen die sogenannte illegale Einwanderung auf die Agenda gesetzt. Aber wer respektiert das Recht? Der Staat, der das international anerkannte Recht der Personen auf Bewegungsfreiheit mit Füßen tritt oder der Flüchtling, der eine Grenze übertritt? Der Staat, der Schulkinder abschiebt unter dem Vorwand, dass ihre Eltern keine Papiere haben, oder die Eltern, die ihr Kind zur Schule schicken? Wer ist Demokrat? Der Kongolese, der sich weigert, einer Miliz beizutreten, um andere Afrikaner zu massakrieren, oder die europäischen Staaten, die den Wahlprozess ihrer früheren Kolonien kontrollieren, um abzusichern, dass der Präsident weiter die Dividenden der Schulden zahlt und die Ressourcen auf seinem Gebiet ausplündern lässt? Der Staat, der Arbeit unter extremsten Ausbeutungsbedingungen toleriert, um die Produktionskosten immer weiter zu senken und die Profite zu erhöhen, indem er so die Konkurrenz und die Prekarisierung aller ArbeiterInnen fördert – respektiert er das Gesetz?

Die industrialisierten Länder verfolgen heute eine doppelte Politik gegenüber MigrantInnen:

→ Die Politik der Nützlichkeit, die die EinwanderInnen als schwächstes Glied auf dem Arbeitsmarkt benutzt, als Ver-

suchsballon in Richtung der Verallgemeinerung des Konzepts „Kleenex-Arbeiter“, Arbeiter zum Wegwerfen nach der Benutzung.

- Die Politik der Sicherheit, die aus dem Migranten und dem Einwanderer Parias unserer heutigen Gesellschaften macht. Vordergründig gegen Straßenkinder oder Terroristen gerichtet wird ein Krieg gerechtfertigt, der sowohl in den Vorstädten als auch an den Grenzen Europas geführt wird, und der sich ausbreitet bis in die Herkunfts- oder Transitländer der MigrantInnen. Er dient als Vorwand zur Schaffung realer Gefängnisse, wie z. B. der „camps de retention“ (Bezeichnung der geschlossenen Flüchtlingslager in Frankreich, d. Ü.), wo diejenigen festgehalten werden, die nichts getan haben außer ihr Recht auf Bewegungsfreiheit auszuüben.

Zu allen Zeiten haben die Ausbeuter die Armen als Bedrohung präsentiert und dabei vergessen, dass mit ihrem Schweiß ihr Wohlstand aufgebaut wurde. Diese Schuldzuweisung an die Opfer verhindert es, eine wirkliche Debatte zu führen über die Gründe, die die MigrantInnen veranlassen, sich auf den Weg zu machen, über die Ausplünderung ihrer Herkunftsländer, über die Schulden, die sie erwürgen, über die „strukturellen Anpassungsprogramme“, und letztendlich über die Kriege, die eine westliche Einmischung immer dort erlauben, wo es Rohstoffe oder Energiereserven zur Aneignung gibt.

Diese Debatte müssen wir in die Öffentlichkeit tragen. Wir, die MigrantInnen und wir, die KämpferInnen für eine andere Welt, die die Welt ablehnen, die uns die G8 und hinter ihnen die Multinationalen vorschlagen.

Wir müssen fordern, dass das Prinzip der Verantwortlichkeit in die Praxis umgesetzt wird. Wer ist verantwortlich für die massiven Bevölkerungswanderungen, sei es wegen Kriegen, Trockenheit, Arbeitslosigkeit, Diktatur, Zerstörung von Arbeitsmitteln? Wer fordert die Rückzahlung ungerechter Schulden und das Aufgeben öffentlicher Güter zum Schaden der Sozialpolitik und der öffentlichen Budgets? Wer verweigert Maßnahmen zur Rettung des Planeten angesichts des Klimawandels? Und es sind die gleichen Staaten, die die Verantwortung dafür tragen, dass sich so viele Menschen auf den Weg machen, die sich weigern, die Opfer ihrer Politik auf ihren Territorien zu empfangen.

Wir müssen die absolute Respektierung der Grundrechte fordern und an erster Stelle des Rechts auf Bewegungsfreiheit, ohne die sich niemand schützen kann vor Bomben, vor Gewalt, vor Elend, vor Mangel an Wasser, Schulen und Krankenhäusern. Wir müssen die Respektierung der Rechte der Flüchtlinge fordern, wie sie in der Genfer Konvention stehen, und uns gegen die Umwandlung des UNHCR von seiner Rolle als Schützer von Flüchtlingen zum Schützer der Interessen der großen Mächte zur Wehr setzen. Wir müssen das Prinzip „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ einfordern, was auch immer das Geschlecht oder die Herkunft der Arbeitskraft ist.

Wir müssen die materiellen und immateriellen Mauern bekämpfen, die die Bewegung der Personen und den Austausch zwischen Menschen behindern, die dazu führen, dass je nachdem, in welchem Land jemand geboren ist, die Menschenrechte nicht in gleichem Maße gelten.

Wir müssen die Annullierung der Schulden der 3. Welt fordern, den Stopp der Ausplünderung ihrer Reichtümer und die Wiederherstellung der Souveränität der Völker, der politischen, ökonomischen, ernährungsmäßigen und kulturellen Souveränität.

Erste Schritte zu dieser Debatte haben wir in die Wege geleitet, diese Forderungen haben wir auf einer ersten „Euro-afrikanischen Nicht-Regierungskonferenz zu Migration, Grundrechten und Bewegungsfreiheit“ vorgetragen, die in Rabat im Juni letzten Jahres stattfand. Wir haben unsere Forderungen während des Weltsozialforums in Nairobi noch einmal bekräftigt und wir bringen sie hier von neuem mit Kraft zum Ausdruck. Wir müssen sie gleichermaßen während des nächsten euro-afrikanischen Gipfels im nächsten November in Lissabon vortragen.

Von Chicago nach Paris, von Ceuta nach Bamako, von Seoul bis El Ejido fordern MigrantInnen und Papierlose laut und stark ihre Rechte und die Anerkennung ihres Beitrags zur Produktion der Reichtümer dieser Welt. Und sie schreien sie ins Gesicht derjenigen, die sich zum G8-Gipfel treffen: „Unsere Leben sind mehr wert als eure Profite. Wir sind hier, weil ihr unsere Länder zerstört.“

Manifest von Rabat →

www.migreurop.org/article934.html?lang=de

Foto: Marilyn Stroux





Globale Bewegungsfreiheit gegen globale Apartheid

TRANSNATIONALER TALK MIT AKTIVISTINNEN AUS 4 KONTINENTEN

Am Abend des 4. Juni, zum Abschluss des Migrationsaktionstages, fand im Rahmen des <http://kein.tv/>-Programms eine trotz später Stunde sehr gelungene Talkrunde mit Gästen aus 4 Kontinenten statt: Mit Solange Kone (S.K.) vom Komitee gegen Verschuldung aus der Elfenbeinküste, Maksym Butkevich (M.B.) von Noborder Kiew aus der Ukraine, Valery Alzaga (V.A.) von der amerikanischen Dienstleistungsgewerkschaft SEIU, Lawrence Liang (L.L.) vom Alternativen Rechtsforum in Bangalore sowie (S.O.) Sunny Omwenyeki von The Voice und Karawanegruppe in Bremen. Hagen Kopp (H.K.), von kein mensch ist illegal in Hanau moderierte diese Diskussionsrunde, die auch im Internet anzusehen und anzuhören ist (siehe Hinweise unten), und die für die folgende Verschriftlichung leicht gekürzt und bearbeitet wurde,

H.K. Einleitend ein paar Sätze zum Begriff der globalen Apartheid. Ein zentrales Element der Apartheid in Südafrika bestand darin, billige Arbeitskräfte aus den sog. Homelands (ohne Reproduktionskosten) oder aus den abgetrennten Townships für die Minen oder Haushalte oder andere Niedriglohnjobs zur Verfügung zu haben. Moderne Apartheid war schon in Südafrika vor allem ein Konzept, um die schwarze Bevölkerung auszubeuten, sie z.B. mit Passgesetzen rechtlos zu machen und sie einer permanenten rassistischen Diskriminie-

rung zu unterwerfen. Die Frage ist nun, ob wir etwas ähnliches auf eine globale Ebene hochkopiert sehen: in den Zonierungen durch die Grenzregimes, im Konzept der „selective inclusion“, also der gezielten Auswahl, der Filterfunktion, in den ganzen konstruierten Hierarchien mit wenigen, etwas mehr oder gar keinen Rechten für MigrantInnen, Flüchtlinge, Geduldete oder Illegalisierte. Alles Kennzeichen eines sogenannten Migrationsmanagements, das eine eindeutige Funktion für den Arbeitsmarkt hat, und das diesen Vergleich nahe legt, also von globalem Apartheidsystem zu reden. Die These wäre insofern, dass der moderne globale Kapitalismus entscheidend auf dieses Ausbeutungsgefälle angewiesen ist, auf diese Hierarchien, mit den inneren wie äußeren Grenzen. Wir wollen heute Abend an dieser Frage diskutieren, und damit auch, inwieweit die Forderungen nach globaler Bewegungsfreiheit und gleichen Rechten dieses Apartheidregime herausfordern, in Frage stellen und daher auch als zentral für die globalen Kämpfe anzusehen sind.

Die erste Frage geht an Solange, ob sie diese Interpretation und Einschätzung teilt:

S.K. Man kann nicht gegen Verschuldung kämpfen, ohne sich mit Migration zu beschäftigen, weil das eine Folge des anderen ist. Man darf die Frage der Migration nicht nur auf diejenigen beziehen, die auswandern, sondern auch auf die, die entschieden haben, zu bleiben. Für euch ist es vielleicht nicht vorstellbar, aber um als AktivistInnen aus Afrika hierher zu kommen, hatten wir schon für die Visa unglaublich viele Mauern zu überwinden. Bereits in unseren Herkunftsländern ist über die Botschaften ein System der Apartheid etabliert, denn dort wird entschieden, wer kommt oder nicht. Die Ausgrenzung der MigrantInnen wird nicht erst in Europa sichtbar, sondern schon in den Ländern, wo sie auf dem Weg stecken bleiben und gefangen sind. Die meisten haben sicher die Mauern und Zäune noch nicht direkt gesehen, die auf afrikanischem Gebiet gegen die MigrantInnen errichtet wurden. Einerseits werden Hindernisse errichtet, um die Bewegungsfreiheit zu verhindern, auf der anderen Seite werden die afrikanischen Länder verpflichtet, Freihandelsabkommen abzuschließen, z.B. die EPAs (siehe Seite 32). Einerseits wird den Menschen der Zugang und die Bewegungsfreiheit verweigert, auf der anderen Seite der sog. Freihandel durchgesetzt. Und ich möchte noch kurz die Selektion der Eliten erwähnen, die „migration choisie“, die ausgewählte Migration, nach der nur bestimmte Leute kommen sollen, eben die hier gebraucht werden. Dagegen unterstütze ich die Forderung: globale Bewegungsfreiheit für alle gegen globale Apartheid.

H.K. Sunny, ihr habt ja in den letzten Jahren den Begriff der Apartheid konkret im Zusammenhang mit der rassistischen Residenzpflicht benutzt, also um dieses Gesetz zu denunzieren. Meine Frage, ob ihr Apartheid auch in einer allgemeineren Bedeutung seht.

S.O. (...). Wir benutzen den Apartheidsbegriff sehr direkt, explizit aus dem südafrikanischen Kontext, weil die Situation, die wir speziell hier in Deutschland vorgefunden haben, von der systematischen Diskriminierung von Flüchtlingen gekennzeichnet ist. Wo gezielt Ausschluss produziert wird, wo es ein gesetzliches Verbot gibt, dem gemäß sich Menschen ohne Erlaubnis nicht treffen oder teilhaben können, auf ökonomischer wie politischer Ebene, ist der Apartheidbegriff angebracht.(...)

Im Vergleich zu damals in Südafrika ist die globale Apartheid heute nicht nur formalisiert und legalisiert, sondern Normalität und Alltäglichkeit geworden. Wenn früher über Apartheid in Südafrika geredet wurde, gab es eine Art von Unrechtsbewusstsein; es war klar, dass es sich um eine Form von Unrecht handelt. Das ist heute nicht mehr der Fall, wir müssen vielmehr von einer Normalisierung und Veralltäglichung von globaler Apartheid sprechen. Und wenn wir davon ausgehen, hat das verschiedene Implikationen, weil es viel schwieriger ist, dagegen zu kämpfen. Weil es nicht nur darum geht, ein gewisses Gesetz abzuschaffen, sondern es um einen zentralen Bestandteil des Systems geht, fast wie Blut in einem Körper, und es viel

mehr Kraft, Mut und Ideen braucht, um gegen ein Konzept der Normalität zu kämpfen.

H.K. Maksym, du kommst aus der Ukraine, einem Land vor den Toren der Festung Europa, in dem sich das Ausbeutungsgefälle schon extrem auswirkt, wo es „normal“ ist, dass für eine Arbeit, mit der hierzulande ein- bis zweitausend Euro verdient werden nur ein- bis zweihundert zu erwarten sind.

M.B. Die Konsequenzen sind sehr groß für uns in der Ukraine, 70 bis 100 Euro beträgt bei uns ein Durchschnittseinkommen. Darüber hinaus existiert ein großes Gefälle zwischen städtischen und ländlichen Räumen, zwischen besser und schlechter entwickelten Regionen. Das führt schon zu einer großen Binnenmigration, zum Pendeln über große Distanzen, die in Kauf genommen werden müssen, um ein Familieneinkommen zu erreichen. (...) Seit Mitte der 90er Jahre spielt die Arbeitsmigration eine immer größere Rolle, vor allem aus den geringer entwickelten Regionen. Hier entwickeln sich regelrechte Traditionen, die sich nach Regionen und Geschlecht unterscheiden. Z.B. gehen Männer aus bestimmten Regionen traditionell nach Russland oder Westeuropa, um dort auf Baustellen zu arbeiten. Die Frauen dagegen, mittlerweile die Mehrheit der ArbeitsmigrantInnen aus der Ukraine, gehen hauptsächlich nach Spanien oder Italien, um dort als Putzkräfte, Babysitter oder Krankenschwestern zu arbeiten.

„Migratonstradition“ meint – neben der ökonomischen – auch eine kulturelle Komponente, wie also das ganze kulturelle Leben beeinflusst wird. In bestimmten Dörfern und Regionen gehört Migration über Generationen hinweg regelrecht zum Erwachsenwerden, es gibt ja keine andere Möglichkeit, um die Familie zu ernähren und ein eigenständiges Einkommen zu erwirtschaften.(...)

In Russland, einem der traditionellen Ziele der Migration, werden die rechtlichen Bedingungen nun immer schwieriger, in Westeuropa verschärfen sich die Bedingungen ebenfalls, um legale Arbeit zu bekommen. Ich stimme Solange zu, dass hierbei eine erste Selektion stattfindet. Wer es schaffen will, die erste Hürde zu passieren, muss schlau genug sein oder über Beziehungen verfügen, um Papiere zu besorgen. Oder genug Geld haben oder stark und fit genug sein, um die anstrengende Reise durchzustehen, illegal die Grenzen zu überqueren. Die zu alt oder zu schwach oder zu krank sind, haben nur





Abschiebelager Pawschino/Ukraine. Foto: Stephan Dünwald

geringe Chancen, hier wirken die ersten Filter der Ausgrenzung. Und jeder, der einen ukrainischen Pass hat – soviel zum Thema globale Rechte – der weiß, dass es eine zweite Klasse von Staatsbürgerschaft gibt und die ukrainische gehört definitiv dazu.

Gleichzeitig haben wir eine Situation, dass MigrantInnen, vor allem aus Zentralasien, in die Ukraine zum Arbeiten kommen, und der Druck, den die EU auf die ukrainische Migrationspolitik ausübt, hat zur Folge, dass deren Situation ebenfalls sehr prekär ist, dass sie einem Regime von Ausbeutung und Korruption unterworfen sind, ganz ähnlich dem der UkrainerInnen in Westeuropa. (...).

H.K. Valery, wir springen zum nächsten Kontinent, mit der Grenze zwischen den USA und Mexiko, den „working poor“ vor allem lateinamerikanischer Herkunft. Kannst du dazu was sagen?

V.A. Ja, es ist genau das Thema, an dem ich ansetzen möchte. Die Situation der lateinamerikanischen MigrantInnen als „working poor“ in den USA ist eine direkte Folge des nordamerikanischen Freihandelsabkommen NAFTA, weil sich die Lebensbedingungen für viele BäuerInnen oder in der Landwirtschaft Beschäftigte in Mexiko rapide verschlechtert haben, sie verarmt sind, und dann viele in die USA migriert sind (...). Was strukturell passiert, wenn so viele Menschen aus einer unterentwickelten Region in die USA, zur Supermacht, migrieren, ist dass dann in erster Linie ein wahnsinnig großer Lohnunterschied zwischen den ArbeiterInnen entsteht. Wir sprechen von ca. 12 Mio illegalisierten ArbeiterInnen in den USA, vor allem aus Mexiko. Wie Maksym schon sagte, gibt es diese Stadt zu Stadt-Migration, oder von einer in eine andere bestimmte Region (Kettenmigration), und dann in spezifische

Sektoren wie Landwirtschaft, Dienstleistungen, Tagelöhner, Reinigung, Haushaltstätigkeiten. Ein Unterschied besteht darin, dass in den USA die Grenze lange Zeit relativ offen war, eine poröse Grenze, so dass Arbeitslose, Land- und Rechtlose aus Lateinamerika die Grenze überqueren und in den USA arbeiten konnten. Solange sie nützlich waren, solange sie auf dem Arbeitsmarkt für bestimmte Sektoren gebraucht wurden, konnten sie auch Wege finden, sei es durch Schlepper oder mit anderen Mitteln. (...) Migrantische Kämpfe waren immer sehr an Bürgerrechte, an zivile und soziale Rechte gebunden, so dass die politische Arbeit zum Thema Migration immer eng verknüpft war mit der Frage der Legalisierung, von Papieren.

H.K. Inseln des Reichtums in einem Meer der Armut ist eine Metapher, die ja insbesondere für Indien zutrifft. Lawrence, kannst du was zum System der Zonierung, der Apartheid(?) innerhalb Indiens in den großen Städten sagen?

L.L. Wo wir gerade über Europa reden, möchte ich eine Anekdote hinzufügen. Das erste mal, als ich nach Europa, nach Italien, reisen wollte und ein Visum brauchte, fuhr ich von Bangalore nach Bombay. Dort geriet ich an einen freundlichen Botschaftsbeamten mit freundlichen Fragen. Die erste Frage lautete: „Sind sie ein Terrorist?“, was ich mit Nein beantwortete. Zweite Frage: „Wollen sie Taxifahrer werden?“ Das habe ich auch mit Nein beantwortet. Und die dritte Frage betraf meinen Kontostand. Der war aber sehr gering, weil es Ende des Monats war. Der Beamte meinte dann, das könnte ich total vergessen, nach Italien zu reisen, mit dem Geld käme ich gerade noch zurück nach Bangalore.

Ich sehe einerseits den Nutzen, den Begriff globale Apartheid in einem politischen Kontext wiederzubeleben, doch gleichzeitig möchte ich Fragen einwerfen und zur Vorsicht mahnen.



Straßentheater während der Karawanestation in Frankfurt. Foto: Timmo Scherenberg

Zum einen hat dieser Begriff sehr starke historische Wurzeln und Implikationen. Ich stimme zu, dass der Begriff gut funktioniert, um Prozesse wie das Ausbeutungsgefälle von erster zu dritter Welt zu beschreiben. Doch es erscheint mir weniger geeignet, wenn es um andere Praxen auch der Migration geht, z. B. um die Situation in Südasien. In Bangalore oder Bombay finden sich die Hinterbüros für die Arbeiten, die hier ausgelagert/ outgesourct werden. Doch in bestimmten Gegenden sammelt sich gleichzeitig ziemlich viel Reichtum. Es gibt 30.000 Millionäre in Bangalore, Dollarmillionäre, nicht in Rupies. Parallel existieren in Bangalore 700 verschiedene Slums.

Wir beobachten zwei verschiedene Prozesse: zum einen den Prozess der Deterritorialisierung. Verschiedene Arbeiten sind nicht mehr an ein Territorium gebunden, wenn man z.B. für ein Call-Center in Bangalore arbeitet, hat das nichts mehr mit Bangalore zu tun.

Zum zweiten den Prozess der Reterritorialisierung, wo es wichtig wird, dass die Stadt ins Gespräch kommt, eine bestimmte Größe erreicht, um wie am Beispiel von Bangalore oder Bombay zu sehen ist, in die Liga der globalen Städte aufzusteigen. (...)

Wir erleben verschiedenste Ebenen von Migration, vor allem Flüchtlinge aus Afghanistan, Sri Lanka, Bangladesh, die in verschiedensten Bereichen arbeiten und dadurch die Stadt an sich verändern. Dann die Trennung zwischen Staatsbürgern und Nicht-Staatsbürgern, oder zwischen SlumbewohnerInnen und StadtbewohnerInnen. Damit kristallisieren sich Konzepte von Kriminalisierung und Legalisierung heraus, die es mir schwierig machen, eine klare Unterscheidung von Erster und Dritter Welt zu erkennen. Das funktioniert so nicht mehr, wir haben die Erste Welt in der Dritten und umgekehrt.

H.K. Millionen von Menschen, aus China, Mexiko oder der Ukraine, unterwandern die Grenzregimes. Eine Bewegung ge-

gen das Ausbeutungsgefälle, ein Prozess oft ohne politische Artikulation, eine versteckte, stille Bewegung der Aneignung – Globalisierung von unten?

Valery, du bist Gewerkschafterin, ihr organisiert undocumented workers, und bringt dieses Projekt jetzt auch nach Europa. Was ist eure Perspektive?

V.A. Aus der gewerkschaftlichen Perspektive betrachtet gibt es bestimmte Arbeitsbereiche, die quasi komplett von MigrantInnen besetzt sind. Sie, die Armen der Welt, arbeiten z. B. in Banken und im Versicherungssektor in den reichen Städten der Welt. Wir entwickeln Organisationsansätze genau in diesen Bereichen, wo die migrantische Arbeitskraft ist, genau in den Städten, wo der Reichtum ist, wo diese Firmen, die Global Players sitzen. Wir sehen unsere Arbeit in der Gewerkschaft als Globalisierung von unten, wir setzen in erster Linie in den Communities an, in den Lebensumgebungen, den Netzwerken der migrantischen ArbeiterInnen. Und wir wollen das mit anderen sozialen Bewegungen zusammenführen. Wir zielen auf die Umverteilung des Reichtums, und wenn man sich anschaut, dass in Mexiko das zweitgrößte Einkommen – gleich nach dem Öl als Nr. 1 – die Rücküberweisungen sind, also das Geld, das nach Hause geschickt wird, dann wird klar, warum das ein so bedeutender Punkt ist, an dem wir ansetzen zu organisieren.

Natürlich geht es in den Kämpfen auch um mehr Rechte, darum Papiere zu bekommen. Aber wir versuchen, dem Prozess auch globale Perspektiven hinzuzufügen, dass also die Erfolge, die man hier erkämpft, auch dorthin zurückgetragen werden, wo die Menschen herkommen, dass es auch dort um Demokratie und Rechte geht. Ein Ziel sind „global agreements“, also Abkommen mit global operierenden Firmen, um zu erreichen, dass z.B. gewerkschaftliche Organisationsrechte überall gelten. Oder wenn man einen Streik in Berlin gewinnt, dass dies

überall, wo sich dieses Unternehmen befindet, auch gilt, also auf globaler Ebene.

H.K. Lawrence, ihr verteidigt mit eurer Anwaltsvereinigung einerseits illegalisierte MigrantInnen, andererseits Menschen, die der Produktpiraterie angeklagt sind. In beidem geht es um Aneignungsfragen, siehst du da Zusammenhänge?

L.L. Absolut, auf jeden Fall. In beiden Bereichen, bei den „Piraten“ wie bei den „Aliens“ geht es um grenzerhaltende Regime bzw. um Grenzüberschreitungen darin.(...) Die Begriffe Eigentum und Grenze sind nur Ideen, Fiktionen, die allein durch militärische oder polizeiliche Gewalt, die in Gesetze eingeschrieben ist, manifestiert und erhalten werden kann. Die Festschreibung läuft nicht zuletzt über die Sprache, kein anderes Paradigma soll mehr denkbar sein. Begriffe wie Generosität und Teilen werden umdefiniert in Piraterie, zu Gast sein und Gastfreundschaft werden zu illegaler Migration gemacht. Kriminalisierung wird über Begrifflichkeiten hergestellt, deswegen denke ich, dass wir nicht über aktuelle, zeitgemäße Auseinandersetzungen sprechen können, ohne Begrifflichkeiten neu zu besetzen.

H.K. Maksym: wie sehen eure transnationale Perspektiven aus?

M.B. Zunächst möchte ich den brillanten Gedanken meiner beiden VorrednerInnen aus ukrainischer Perspektive kurz etwas hinzuzufügen. Zu Valery und den Prozessen der Arbeitsmigration möchte ich betonen, dass viele Regionen bei uns nicht durch Entwicklungshilfeprogramme entwickelt wurden

sondern allein durch Rücküberweisungen der Einwohner, die die Region verlassen haben, also der MigrantInnen. (...) Zum zweiten geht es mir um eine Differenzierung in der Einstellung zur Migration. In der Ukraine sind viele einerseits sehr stolz darauf, dass ihre Familienangehörigen im Westen arbeiten, Geld nach Hause bringen. Gleichzeitig gibt es eine ungebrochene Ausländerfeindlichkeit oder Xenophobie gegenüber TransitmigrantInnen, also die, die von außerhalb kommen und durchreisen. Das ist auch produziert durch Mainstream-Medien und Politik, aber ich will damit darauf hinweisen, dass alleine aus eigenen Migrationserfahrungen nicht automatisch eine positive Einstellung zu Migration folgt.

Exemplarisch möchte ich zum Schluss Transkarpatien erwähnen, eine Region, von wo viele emigrieren und gleichzeitig auch viele durchmigrieren, wo es unterschiedliche positive wie negative Auseinandersetzungen und Erfahrungen gibt. Deshalb soll das 1. Nobordercamp in der Ukraine genau dort, vom 11. bis 20. August, in der Nähe von Ushgorod stattfinden (...) alle Interessierten sind eingeladen zu kommen und beizutragen (siehe Bericht auf Seite 34).

H.K. Sprung zurück in die Festung Europa, mit einer Frage an Sunny. 10 Jahre ist es her, dass die Sans Papiers in Paris einen neuen Zyklus von Kämpfen in Gang gebracht haben. Papiere für Alle hat sich seitdem als Forderung quer durch Europa ausgebreitet, gleiche Rechte für Alle liegt in dieser Linie. Was sind eure transnationalen Perspektiven?

S.O. Zuerst einmal ist es sehr schwierig über solche Perspektiven zu reden, und die soziale und politische Kultur z.B. zwischen Frankreich und Deutschland ist sehr unterschied-



Zaune in Mellilla. Foto: José Palazón



lich. Zunächst war es sehr motivierend, die Kämpfe der Sans Papiers zu sehen, und ihre Erfolge waren ermutigend. Doch das ist nicht Eins zu Eins übertragbar nach Deutschland, weil die soziale und politische Situation so verschieden ist.

Um ein Beispiel zu nennen: 2002 waren wir fünf Wochen auf Tour, als Karawane in 40 Städten, haben für die Rechte von Flüchtlingen protestiert. Im gleichen Zeitraum gab es eine große Welle von Abschiebungen gegen Roma, die teilweise hier geboren oder aufgewachsen waren. Sie sollten gedrängt werden, das Land zu verlassen. Sie haben in dieser Situation alles mögliche versucht, wochenlang mit allen Möglichkeiten protestiert, laut und stark gegen diese Abschiebepolitik gekämpft. Doch alle Proteste nutzten nichts, sie fanden keine Unterstützung bei der Bevölkerung oder staatlichen Institutionen, die Situation konnte nicht verbessert werden.

Ich sage das, weil es daraus eine Lehre zu ziehen gilt. Es geht nicht darum, einfach zu kämpfen, nicht darum, das, was woanders wie in Frankreich gut geklappt hat, einfach zu übertragen, wenn man daran nur scheitern kann.(...) Wir müssen vielmehr mit den spezifischen Situationen umgehen, dementsprechend spezielle Strategien entwickeln und hier Handlungsweisen finden, und dann erst über transnationale gemeinsame Kämpfe weiterdenken. Ich sage nicht, dass transnationale Arbeit nicht sinnvoll ist. Das heißt aber, wir müssen strategischer drangehen: erst analysieren, welche Strategien zum Erfolg führen und wie wir das dann zu einer transnationalen Strategie zusammenführen können.

H.K. Der Sturm auf die Zäune in Ceuta und Melilla 2005, das Drama der Boatpeople, der tausenden Ertrunkenen, die Konfrontation mit der neuen Grenzschutzbehörde Frontex, das alles macht klar, es gibt ein ganz hohes Eskalationsniveau an der Grenze zwischen Europa und Afrika. Ich betone das vor dem Hintergrund, dass es auf dem G8 gerade auch um Afrika geht, um eine sog. Reformpartnerschaft, was an Hohn nicht zu überbieten ist. Solange, zum Abschluss die Frage an dich: was sind eure Perspektiven.

S.K. Die Ereignisse von Ceuta und Melilla sind wichtig für uns, aber nicht isoliert zu sehen. Ich habe z. B. Filme gesehen über die Grenze zwischen den USA und Mexiko, und die Situation der Prekarisierung der MigrantInnen und der Grenzen ist ähnlich in vielen Regionen der Welt.

Ich möchte meine Anerkennung und Respekt an die Organisationen im Norden äußern, die sehr solidarisch mit Vereinigungen in den Ländern des globalen Südens zusammenarbeiten gegen diese Politik. Ich wünsche mir, dass diese Solidarität nicht versiegt, dass die Kämpfe weitergehen gegen Abschiebungen, Eurocharter und alles, was diesbezüglich heute und gestern schon erwähnt wurde.

Ich möchte nochmal daran erinnern, dass wir auf einer Gegenveranstaltung gegen den Gipfel der G8 sind und ich möchte eine Botschaft loswerden: Es nützt nichts, Millionen zu investieren, um Menschen daran zu hindern auszuwandern, ihr Land zu verlassen, um zu überleben.

Diese Millionen könnten anders – für das Leben- investiert werden. Die Frage der Migration hat sehr viel zu tun mit einer Frage der falschen und schlechten Entwicklung. Die Ressourcen der Welt kommen nicht den Bevölkerungen der Länder zu gute. Die G8 müssen das begreifen und es muss eine Umverteilung, eine andere Politik auf dieser Welt stattfinden. Kämpfen wir für die Rechte der MigrantInnen, aber kämpfen wir auch für eine globale Entwicklung, die allen Menschen zu Gute kommt.

Info:

Der gesamt Talk ist im Internet anzusehen unter http://v2v.cc/v2v/KEIN_talk%3A_piracy (in dt.-engl.) oder anzuhören unter www.freie-radios.net (in deutsch).



„Es herrscht Chaos auf allen Ebenen“

FLÜCHTLINGSPOLITIK AN DER SÜDGRENZE AM BEISPIEL ITALIEN

Italien ist eines der Frontländer der EU-Flüchtlingsabwehrpolitik. Zurückweisungen auf offener See, juristische Verfolgung von Fischern, die Schiffbrüchige aus Seenot retten, sind Alltag im Mittelmeer. Auf dem Eurafrique-Panel während des Gegengipfels wurden die Fragen des Zugangs zum EU-Territorium diskutiert. Wir dokumentieren einen aktuellen Text von Judith Gleitze über die Situation in Italien. Judith Gleitze arbeitet für den Flüchtlingsrat Brandenburg. Sie ist im Vorstand der Bundesarbeitsgemeinschaft für Flüchtlinge PRO ASYL sowie Geschäftsführerin von *borderline-europe*, Menschenrechte ohne Grenzen e.V.



„FRONTEX? Davon weiß ich hier nichts“, meint *Comandante Niosi*. Er ist der Oberkommandierende der Küstenwache auf Lampedusa. Wir haben ein langes Interview über die Seenotrettung geführt, doch auf die Frage, ob er an den Operationen der europäischen Grenzschutzagentur FRONTEX, eingesetzt zur Koordinierung der Abschreckung von „illegalen Flüchtlingen“ auf hoher See, beteiligt ist, will er nichts sagen. Gegen 22 Uhr erhält er über ein „rotes Telefon“ einen Anruf, „circa 20 Seemeilen? Ok, nehmt sie auf.“ Ein ankommendes Boot? Ja. Wir dürfen ihn bei der Anlandung begleiten. Der

Stützpunkt der Küstenwache liegt 11 Kilometer entfernt vom Hafen, am anderen Ende der Insel. Niosi lässt es sich nicht nehmen, uns noch den Stützpunkt zu zeigen. Wir steigen in den Geländewagen der Küstenwache, Niosi am Steuer fährt mit ungeheurem Tempo die Radarstationen ab, immer darauf hinweisend, dass die Steilküste neben der Straße circa 100,200 Meter in die Tiefe fällt. Schließlich halten wir vor der *sala operativa*, dem Herz der Küstenwache. Von hier aus werden alle Rettungen koordiniert. Wir durchqueren einen großen Besprechungsraum: „Hier werden die FRONTEX-Einsätze gep-



lant.“ Also doch? Niosi lächelt, ja sicher, wenn eine FRONTEX-Operation unter italienischer Leitung läuft, dann wird sie hier koordiniert. Die diesjährige Operation „Nautilus II“ ist noch in der Diskussion, als wir Niosi im Mai 2007 befragen, inzwischen ist sie nach ca. fünfwöchigem Einsatz schon wieder beendet. Beteiligt waren Deutschland, Frankreich, Griechenland, Italien und Malta mit Schiffen und Hubschraubern. Es sei nicht gut gelaufen, auch wenn weniger angekommen seien, so ein Sprecher des EU-Justizkommissars Frattini. Man wolle eine weitere Mission laufen lassen, aber das solle diesmal im Geheimen geschehen, damit niemand über die Einsatzorte bescheid weiß. Dass in den fünf Wochen Laufzeit ganz klar auch gegen Regularien wie z.B. die Genfer Flüchtlingskonvention mit ihrem non-refoulement Gebot verstoßen wurde, zeigt sich bei einer illegalen Zurückweisung eines tunesischen Fischerbootes im Juli 2007. Nach einem Schiffbruch eines Flüchtlingsbootes hatte der Fischer einige Flüchtlinge an Bord genommen. Weitere konnten sich auf ein italienisches Marineschiff retten und wurde nach Lampedusa gebracht, die restlichen 24, Familienangehörige der anderen Geretteten, wurden nach 24-stündiger Verhandlung gemäß eines Rückübernahmeabkommens nach Tunesien zurückgeleitet. Es bleibt fraglich, ob die sinkenden Ankünfte tatsächlich ein Erfolg der FRONTEX-Operationen sind. Wahrscheinlicher ist, dass die geheimen Abkommen zwischen Libyen und Italien dazu beigetragen haben, dass weniger Menschen losfahren konnten. Sicher ist, dass aufgrund der rigiden Abschottungsmethoden deutlich mehr Menschen ihr Leben auf See verloren haben als sonst, allein im Juli und Juli waren es belegbar knapp 500¹.

Wir wohnen der Anlandung von ca. 30 jungen Männern und einigen wenigen Frauen bei, die von der Küstenwache nach Lampedusa gebracht worden sind. Es ist eine der ersten Anlandungen, dieses Jahr sind bis zum Mai noch nicht viele gekommen. Bis Anfang Juli sind auf Sizilien und Lampedusa circa 5200 Flüchtlinge angelandet, nur die Hälfte derer, die im Jahr 2006 im gleichen Zeitraum gekommen sind.

Die Flüchtlinge werden von Ärzten ohne Grenzen erstversorgt, bekommen Tee und Kekse, eine erste gesundheitliche Untersuchung. Zwei Vertreter des IOM (Immigration Office for Migration, zuständig für Rückführungen) und zwei UNHCR-Mitarbeiter sind neben einigen Mitarbeitern des italienischen Roten Kreuzes ebenfalls anwesend, monitoring nennt sich das Ganze. Seit letztem Jahr gibt es ein gemeinsames Projekt von UNCHR, dem italienischen Roten Kreuz und IOM für Lampedusa, nachdem die Situation vor allem durch die illegalen Abschiebungsflüge nach Libyen eskaliert ist. Susin Park, zuständig für diese Projekte beim UNHCR Genf, meint zu dieser merkwürdigen Kombination der Partner, dass es vor allem dazu diene, die Flüchtlinge nicht einfach wieder heimlich abzuschieben. Je-

mand muss ein Auge auf die Situation haben. Die Flüchtlinge werden von der „Legacoop“ abgeholt, den neuen Betreiber des Aufnahmezentrums von Lampedusa. Die bisherigen Betreiber, die katholische Organisation „Misericordia“, in den letzten Jahren stark in die Kritik geraten, hatte die neue Ausschreibung verloren. Aber nicht etwa wegen ihrer Art der Leitung, sondern aus dem einfachen Grund der Kosten: die Kooperative „Legacoop“ war billiger. Es ist zunehmend zu beobachten, dass eigentlich linke NGOs immer mehr solche Betreiberverträge übernehmen und sich auch in den Kosten drücken lassen, eine beunruhigende Entwicklung.

Der UNHCR-Mitarbeiter erklärt uns, dass sie möglichst mit allen Flüchtlingen sprechen und ihnen die Informationen für einen Asylantrag in verschiedenen Sprachen geben. Dann werden die Flüchtlinge nach Süditalien oder Sizilien gebracht. Der UNHCR weiß nichts von der Praxis, dass viele Flüchtlinge im letzten Jahr sofort einen so genannten *foglio di via* erhalten haben, eine Ausreiseverfügung, Italien innerhalb von fünf Tagen zu verlassen, ohne überhaupt eine Chance auf ein Asylverfahren zu haben. Das habe es hier nicht gegeben, doch haben wir von mehreren Anwälten und Flüchtlingen diese Aussagen immer wieder erhalten. Es ist auch fraglich, ob zwei UNHCR-Mitarbeiter die Sorge für die Möglichkeit der Asylantragstellung aller, die das wollen, tragen können. Mitte Juli befinden sich über 800 Menschen in dem völlig überfüllten Zentrum, der italienische Flüchtlingsrat befürchtet den Ausbruch von Epidemien – wie soll da noch der Zugang zum Verfahren garantiert werden?

Zudem haben viele Flüchtlinge erfahren, dass sie in ein Lager gesperrt werden, wenn sie einen Antrag stellen. Aus diesem Grunde tun das viele, die potentiell gute Chancen hätten, nicht mehr, wie uns mehrere Anwälte bestätigen.

Aber der Zugang zum Verfahren bleibt auch weiterhin in den Zentren schwierig, in die die Menschen von Lampedusa aus gebracht werden: meist Caltanissetta auf Sizilien, Crotona in Kalabrien oder Foggia in Apulien. In Caltanissetta spricht Rechtsanwalt Giovanni Annaloro, der viele der Flüchtlinge vertritt, wenn sie ihn denn erreichen können, von einer „limi-

tierten Hilfestellung im Zentrum. Alles hängt auch von den Mitarbeitern ab, die sind nicht immer unparteiisch.“ Immerhin gibt es seit Juli 2006 in Crotona eine tägliche Rechtsberatung durch einen Anwalt des italienischen Flüchtlingsrats und zwei weitere Kollegen im geschlossenen polifunktionalen Zentrum. Hier werden im Identifikationszentrum Asylsuchende und im CPA – *Centro per l'accoglienza* – Aufnahmezentrum, alle anderen illegal eingereisten MigrantInnen kurzzeitig untergebracht. „Seit wir die Rechtsberatung hier machen, wurden deutlich mehr Asylanträge gestellt und Klageverfahren eingeleitet“, so Anwalt Sergio Trolino. Crotona ist mit mehr als 1200 Plätzen das größte Flüchtlingslager in Italien. Seit dem Bestehen der dezentralisierten Asylkommissionen Ende April 2005, also in den letzten zwei Jahren, wurden alleine hier 4066 Asylanträge gestellt. In ganz Italien beträgt die Zahl der Asylanträge circa 10.000 pro Jahr.

Doch die Probleme bleiben. So kritisieren mehrere Anwälte, dass es immer wieder zu Anhörungen durch Botschaftspersonal kommt, bevor die Flüchtlinge einen Asylantrag stellen konnten. Besonders auffällig sei das bei der Botschaft Bangladeshs gewesen: der Mitarbeiter habe die Bangladeshis faktisch bedroht, das Land nicht in Verruf zu bringen und ja keinen Asylantrag zu stellen. Auch werden die Flüchtlinge ohne rechtliche Grundlage zu lange in den Zentren festgehalten: „Nie läuft das alles in den vorgeschriebenen 20 Tagen ab, mindestens 40 vergehen, oftmals auch 70 oder 90 Tage“, so Trolino. „Von der Asylantragstellung bis zur Anhörung vergehen mindestens 20 Tage, von der Anhörung bis zur Bekanntgabe wieder 3–5 Tage ... da ist man ja schon bei ca. 25 Tage. Da ist noch nicht die erste Zeit mit gerechnet, die es dauert, bis man überhaupt sein Asylantrag stellen kann. Ich betreue eine kurdische Familie im CPA, die Anhörung war vor einem Monat, bis jetzt ist noch nichts passiert. Eigentlich müssten sie längst rauskommen mit einer Aufenthaltsgestattung.“ Noch problematischer sind nicht definierte Zentren wie Cassibile im Osten Siziliens. Hier verschwinden Asylsuchende hinter den Mauern, eingesperrt und ohne Zugang zu Beratung. Das Zentrum ist weder ein CPA noch eine Abschiebungshaft – es handelt sich um ein „Notstandszentrum“, einzurichten, wenn viele Flüchtlinge ankommen. Es war jedoch auch schon ohne wirkliche Rechtsgrundlage im Mai in Betrieb, als einzig die Schlagzeilen um die Nichtrettung von Flüchtlingen im Mittelmeer um die Welt gingen, aber Wenige Italien tatsächlich erreichten.

Auch die Anhörung vor den dezentralen Kommissionen laufen nicht so ab, wie es das Gesetz vorsieht: die Kommissionen bestehen eigentlich aus vier Mitgliedern, unter ihnen der Präfekt, die Ausländerbehörde, das Innenministerium, aber auch ein UNHCR-Vertreter. Doch aufgrund der Überlastung finden viele Anhörungen nur mit einem Anhörer statt, und wenn man dann an den Vertreter des Innenministeriums gerät statt an den UNCHR, hat man deutlich schlechtere Karten. „Einmal hat ein Mitarbeiter der Ausländerbehörde die Anhörung

gemacht. Als er seine Fragen über die ökonomische Situation Eritreas formulierte, hatte er sich als Hintergrundwissen einen Reiseführer von „Lonely Planet“ zu Rate gezogen“, erzählt Annaloro. Auffällig ist, dass immer mehr befristete humanitäre Aufenthalte gegeben werden, die Zahl der Anerkennungen aber zurück geht.

Ein weiteres großes Problem ist die Unterbringung, nachdem die Flüchtlinge aus den Zentren entlassen werden. Sie gehen in die Obdachlosigkeit, egal, ob sie einen humanitären Aufenthalt oder eine Anerkennung bekommen haben. Es gibt nur sehr wenige staatlich mitfinanzierte Unterbringungsplätze in Italien. Die Menschen sind auf karitative Einrichtungen angewiesen. Flüchtlinge, deren Asylantrag abgelehnt wurde oder die von vorne herein eine Abschiebungsverfügung erhalten haben, werden mit den Worten „verschwinde“ auf die Straße gesetzt. In Crotona erhalten sie ein Bahnticket nach Salerno, einer Hafenstadt in der Nähe von Neapel. Ausreisen sollten sie eigentlich über Rom, aber das interessiert die Ausländerbehörde nicht. Nach fünf Tagen sind sie illegal, können verhaftet und in die Abschiebungshaft gebracht werden. Nach höchstens 60 Tagen werden sie entlassen, sind illegal, werden verhaftet. Das läuft nun seit Jahren so. Wir fragen Annaloro, ob sich die Flüchtlingspolitik in Italien seit der neuen Mitte-Links-Regierung verändert hat: „Nein! Es herrscht Chaos. Chaos auf allen Ebenen, in der Verwaltung, auch bei den Anwälten. Es gibt in den Gerichten keine auf Migration spezialisierten Abteilungen. Der Richter, der heute Migration macht, macht morgen sonst was. Wenn ich morgen 200 Asylanträge nach Verfassung abgeben würde, würde das Gericht zusammenbrechen. Und so ist es in allen Bereichen. Der Migrant weiß nicht mehr, was er eigentlich für einen Titel hat, ob Flüchtlingsstatus oder aus Arbeitsgründen, aus familiären Gründen, er weiß nicht, ob er zur Post gehen muss, oder ob er zur Verlängerung des Titels zur Ausländerbehörde gehen muss. Dort wissen sie nicht, ob sie nun für die Familienzusammenführung zuständig sind oder sonst wer. Jeden Tag kommt ein neues Rundschreiben des Ministerium.“ Somit bleibt die Situation der Flüchtlinge in Italien mehr als bedenklich.

Erstveröffentlichung →

DER SCHLEPPER Nr. 40/41, Herbst 2007

Infos → www.frsh.de





Demonstration der SOC am 1. Mai 2007. Foto: Lisa Bolyos

Arbeitsmigration, Landwirtschaft und die Rolle der Supermarktketten

ZWISCHENBILANZ UND AUSBLICK EINER KAMPAGNE

Im Rahmen des Migrationsaktionstages am 4. Juni fand auch eine Protestkundgebung vor einer Lidl-Filiale statt, als Redner war hierzu Spitou Mendy von der andalusischen Landarbeitersinnengewerkschaft SOC eingeladen. Dieter Behr vom Europäischen BürgerInnenforum (EBF) erläutert im folgenden die Hintergründe, Vorgeschichte sowie Verlauf der Aktion und skizziert mögliche Perspektiven einer übergreifenden Kampagne.

Die aktuelle Form der industriellen Landwirtschaft ist darauf angewiesen, in arbeitsintensiven Sparten auf billige, weitgehend entrechtete Arbeitskräfte zurückgreifen zu können. Die Löhne dieser Arbeitskräfte sind in einem Produktions- und

Distributionssystem, das von Großverteilern und Rohstoffmultis bestimmt ist, für die LandwirtInnen oft der einzige variable Kostenfaktor. Unterbezahlte und oft illegalisierte MigrantInnen – im Osten der „alten“ EU-Länder hauptsächlich aus Osteuropa stammend, im Süden und Westen oft auch aus Ländern Afrikas und Lateinamerikas – pflegen und ernten also das Obst und

Gemüse, welches das ganze Jahr über in den europäischen Supermärkten gekauft werden kann.

Unser Engagement (des EBF) bestand und besteht in erster Linie darin, Kämpfe zu unterstützen, in denen sich Menschen,

die eben diesen Arbeitsbedingungen ausgesetzt sind, wehren – gegen Illegalisierung, Lohnraub, Sexismus und Rassismus an ihren Arbeitsplätzen und die unzumutbare Gesundheitsgefährdung durch die Knochenarbeit auf den Feldern, bei der nicht selten mit gefährlichen Pestiziden hantiert wird. Dass wir vor allem in Südspanien, im mittlerweile berühmten „Plastikmeer“ von Almeria aktiv geworden sind, hat Gründe:

Es handelt es sich um die größte Konzentration von Gemüseanbau unter Plastik in Europa, wenn nicht weltweit. Auf ca. 35.000 ha werden mehr als 3 Mio Tonnen Gemüse für den europäischen Markt angebaut. In diesem Gebiet kam es immer wieder zu rassistischen Ausschreitungen gegen migrantische ArbeiterInnen. Die schlimmsten fanden zu Beginn des Jahres 2000 statt, als ein regelrechter Mob unterstützt von Polizei und Behörden, prügelnd und brandschatzend gegen MarokkanerInnen durch die Straßen zog. Von da an begann sich der Widerstand zu organisieren, und die Gewerkschaft SOC eröffnete eine eigene Sektion in Almeria, geführt von MigrantInnen. Im April 2007 wurde mittlerweile das zweite Soziale Zentrum der SOC in der Kleinstadt Nijar mitten im Plastikmeer eröffnet.

Zu Beginn dieses Jahres wurde die SOC- Kampagne v.a. in Österreich und Deutschland durch den Prozess der Mobilisierung gegen den G8- Gipfel in Heiligendamm inspiriert und erhielt neuen Schwung. Bereits ein Jahr vor dem Gipfel wurde auf einem Vorbereitungscamp in Norddeutschland herausgearbeitet und beschlossen, dass das Thema Landwirtschaft bei den Protesten ein wichtiger inhaltlicher Strang sein sollte. Das „Aktionsbündnis globale Landwirtschaft und G8“ wurde gegründet (siehe www.g8-landwirtschaft.net). Das Thema der Arbeitsbedingungen von landwirtschaftlichen Saisoniers wurde dabei auf die inhaltliche Agenda gesetzt.

Die Infotour „G8 und globale Landwirtschaft“, die im März 2007 in acht verschiedenen Städten in Österreich und Deutschland halt machte, griff das Thema auf und verteilte gegen Spenden für die SOC in Strassenaktionen zwei Tonnen Orangen, die von einer biologisch wirtschaftenden Kooperative in der Nähe von Valencia stammten. Dabei wurden theatralisch die Arbeitsbedingungen auf den Feldern dargestellt. Eine Zeitung und ein ausführlicher Reader des Aktionsnetzwerks lieferten die Hintergrundinfos zu den Aktionen, mit denen auch gezielt zu den Protesten gegen den G8- Gipfel mobilisiert wurde. Im Laufe der weiteren Vorbereitungen wurde klar, dass es sinnvoll sein würde, in Sachen Landwirtschaft die Kritik an Supermarktketten und speziell an Discounter- Läden mit in die Agenda zu nehmen. Zumal ruinöse Preispolitik, Umweltzerstörung, Ausbeutung von Saisoniers sowie die Zerschlagung kleinbäuerlicher Lebensgrundlagen nicht zuletzt auf den Expansionskurs der marktführenden Supermarktketten und Discounter zurückzuführen sind.

Dazu kam, dass die Gewerkschaft ver.di, beginnend im Jahr 2005, eine Kampagne gegen den Discounter Lidl gestartet und die Ausbeutung der Beschäftigten in den Filialen der Kette denunziert hatte. Im „Schwarzbuch Lidl“ sowie im „Schwarzbuch Lidl Europa“ wurden die Missstände auf bundesdeutscher wie auf europäischer Ebene zusammengefasst. Daneben hatten sich – mit jeweils unterschiedlicher inhaltlicher Gewichtung – andere politische Gruppen, in erster Linie ATTAC, dem The-

ma gewidmet.

Bei den G8- Protesten gelang es dann erstmals, die Lidl- Kampagne und das Thema Arbeitsmigration in der Landwirtschaft zumindest symbolisch zusammenzubringen. Am 4. Juni – dem Migrations- Aktionstag – fand eine Kundgebung vor einem Lidl- Supermarkt in den outskirts von Rostock statt, zu der ca. 200 Leute kamen. Es hätten noch um einige mehr sein können, hätte die Polizei nicht massiv Zufahrtsstraßen blockiert. Die Lidl- Filiale war gesperrt und wurde schwer bewacht, die Polizei verhielt sich äußerst nervös und provokativ. In dieser prekären Stimmung gelang es trotz allem, die Inhalte des Protests klar aufzurollen: Ein Initiator der ver.di- Lidl- Kampagne sprach über die Ausbeutung der Angestellten in den Filialen und über die vielfältigen Schikanen und Repressalien, die der Konzern gegenüber seinen MitarbeiterInnen praktiziert.

Der zweite Redebeitrag kam von Spitou Mendy, einem Aktivistin der SOC, den wir für die Tage des Protests nach Heiligendamm eingeladen hatten. Spitou lebt seit dem Jahr 2002 in Spanien, stammt aus dem Senegal und war bereits dort als Gewerkschafter aktiv. Seit einigen Jahren arbeitet er innerhalb der SOC im Prozess der Selbstorganisation der ArbeiterInnen im Plastikmeer von Almeria. Von den mehr als 3 Millionen Tonnen Gemüse, die in der Region pro Jahr produziert werden, landet ein großer Teil in Deutschlands Supermärkten. Lidl, mittlerweile an siebenter Stelle im europaweiten Vergleich der umsatzstärksten Lebensmittelketten, bezieht in den Wintermonaten Unmengen an Paprika, Tomaten, Auberginen, Gurken, Erdbeeren und Melonen aus Südspanien. Der Preisdruck, der von Disountern wie Lidl besonders forciert wird, so Spitou in seinem Redebeitrag, werde auf brutalste Weise auf die ArbeitsmigrantInnen in Südspanien abgewälzt. „Billig“ be-





deutet bei Lidl also gleichsam Ausbeutung der Angestellten in den Betrieben wie an den Orten der Produktion.

Spitou erwähnte in seiner Intervention auch die Lage der bäuerlichen Bevölkerung im Senegal. Diese habe sich, wie in vielen anderen afrikanischen Ländern, in den letzten Jahren aufgrund der Billigimporte von landwirtschaftlichen Produkten aus der EU besonders verschlechtert. Dazu gehöre auch Gemüse, das am Markt von Dakar ankommt und dessen Preis weit unter dem von einheimischem Gemüse liegt. Aufgrund dieser Dumping- Politik der EU seien viele BäuerInnen dazu gezwungen, ihr Land zu verlassen und in die Städte oder über die Grenzen zu migrieren. Es ist zu befürchten, dass die laufenden Verhandlungen zu den EPA- Verträgen (siehe Seite ...) Billigimporte und damit die Schaffung ökonomischer Abhängigkeiten afrikanischer Länder noch massiv begünstigt. In dieser Entwicklung spielt Lidl im Bereich des Lebensmittelhandels als Vorreiter der Discounter- Logik eine fatale Rolle.

Spitou appellierte in seinem Redebeitrag an die Notwendigkeit einer solidarischen Bezugnahme zwischen den Beschäftigten bei Lidl, den LandarbeiterInnen in Almeria und den BäuerInnen im Senegal. Außerdem sprach er von der Rolle der KonsumentInnen, die über all diese Zustände ein Bewusstsein entwickeln müssten.

Perspektivisch stellt sich nun die Frage, ob und wie sich an der Schiene „Almeria – anti- Lidl“ eine grundlegendere Kritik am Kapitalismus wie auch die Möglichkeit des konkreten Widerstands exemplarisch zuspitzen lassen: Gemüse, das aus Almeria kommt, fußt auf Rassismus und Ausbeutung, es ist im Regelfall pestizidverseucht, wird in tausenden LKWs quer durch Europa gekarrt und schlussendlich bei einem Discounter verkauft, der die Rechte der Beschäftigten in seinen Filialen mit Füßen tritt.

Nicht vergessen werden soll allerdings, dass es in anderen Regionen Europas, vom globalen Maßstab gar nicht zu sprechen, ebenso schwerwiegende Missstände bei der Produktion von Gemüse bestehen wie in Almeria. Als Beispiele könnten die süditalienische Region Apulien, Sizilien (beides Tomaten-

produktion), Südfrankreich (Pfersiche, Aprikosen und Gemüse) oder die Niederlande (Stichwort High- Tech- Gewächshäuser) gelten. Auch in Österreich, Deutschland oder der Schweiz existieren strukturell ähnliche Bedingungen (vgl. Bittere Ernte, EBF, 2004).

So schwierig es ist, genau zu prognostizieren, welche Schritte in einer Kampagne möglicher Weise erfolgreich sind und welche nicht, so sehr kann allerdings davon ausgegangen werden, dass ein Ensemble des Protests, das sich ergibt, wenn an den verschiedenen Stationen der Produktionskette eingehakt wird, etwas bewirkt.

Die SOC ist in ihren Forderungen und in ihrer Praxis des Arbeitskampfes seit ihrer Gründung vor mehr als 30 Jahren traditionell weiter gegangen als bis zur nächsten, marginalen Lohnerhöhung. In den 80er Jahren wurde in Andalusien von der SOC Land besetzt, das heute von selbstverwalteten Kooperativen bewirtschaftet wird. In Almeria ist die SOC in ein breites Netzwerk gegen Illegalisierung und gegen das EU- Grenzregime eingebunden. Die Aufmerksamkeit bezüglich der Situation der MigrantInnen in den jeweiligen Produktionsgebieten ist entscheidend für die Richtungsbestimmung einer europaweiten Kampagne. Wir wollen beispielsweise etwaige Repressionen gegenüber GewerkschafterInnen oder MigrantInnen (wie sie gerade in Almeria leider immer wieder vorkommen) ins Licht der Öffentlichkeit bringen, sodass in den Verbraucherländern Menschen aktiv werden und den Zusammenhang herstellen zwischen Rassismus und Ausbeutung und der Tomate im Supermarktregal.

In diesem Sinn wird es sich lohnen, darüber nachzudenken, wie nach der Lidl- Kundgebung mit weitgehend symbolischem Charakter in Rostock am 4. Juni ein Engagement aussehen kann, das im Themenkomplex Landwirtschaft, Arbeitsmigration und Supermarktketten sowohl Ausbeutung und Rassismus wie Umweltzerstörung effektiv bekämpfen kann.

Infos → www.forumcivique.org

Leben und Überleben in Oujda

SITUATION DER MIGRANTINNEN VOR DER EU-SÜDGRENZE

Oujda liegt etwa 100 km östlich von Melilla, nahe der algerischen Grenze und ist eine wichtige Station von MigrantInnen auf dem Weg durch die Sahara nach Melilla oder an die Mittelmeerküste.

Unterstützung erfahren sie vor allem aus dem Umfeld der Universität von Oujda, deren Campus auch vielfach Rückzugsraum der MigrantInnen war. Dort werden sie von Menschenrechtsgruppen wie ABCDS (Asociación Beni Znassen para la cultura, el desarrollo y la solidaridad – Vereinigung Beni Znassen für Kultur, Entwicklung und Solidarität) unterstützt. Immer wieder kommt es jedoch auch auf dem Campus zu Razzien, zuletzt nahmen Ende Juli die Sicherheitskräfte 450 Personen fest. Hicham Baraka von ABCDS berichtete auf dem Eurafrique-Workshop während des G8-Alternativgipfels von der Arbeit in Oujda.

Es sah lange Zeit so aus, als könne Hicham Baraka nicht zum Alternativgipfel kommen, da die deutsche Botschaft in Marokko ihm das Visum mit der Begründung verweigerte, er sei „familiär und finanziell nicht genügend verwurzelt“, in anderen Worten, da er keine Kinder hat und nach europäischen Maßstäben nicht genug Geld verdient. Erst nach öffentlichem Druck wurde dann 3 Tage vor Beginn des G8-Gipfels das Visum am Ende doch noch erteilt.

Die Situation der Migranten in Oujda wird immer schwieriger, die Menschen sind physisch, psychisch und moralisch erschöpft. Einige sind krank. Sie leben in Wäldern und in Wüstengegenden unter untragbaren hygienischen Bedingungen. Sie haben keine Mittel, um sich mit Nahrung zu versorgen oder einfache Bedürfnisse zu befriedigen. Einige sind durch die psychische Erschöpfung verwirrt und unsicher; andere sind aufgewühlt durch das, was sie erlebt oder gesehen haben während ihrer Flucht. Sie erleben es als eine Niederlage.

Die geschätzte Zahl der Migranten in der Nähe von Oujda liegt zwischen 700 und 900 Personen. Sie sind verteilt auf 15 verschiedene Gegenden, besonders auf einem Gelände nahe der Universität, in den benachbarten Wäldern, in Höhlen nahe der Grenzzone und in Dörfern nahe Oujda.

Die Wartezeit der Migranten in Oujda wird immer länger. Viele wissen nicht mehr, was sie machen sollen. Sie können nicht zurück. Sie haben sehr viel investiert und sehr viel geopfert. Sie würden sich schämen, ihrer Familie und ihren Freunden gescheitert gegenüber zu stehen. Sie können nicht bleiben, sie haben keine Mittel, um zu überleben. Sie sind angewiesen auf die Hilfe der Bevölkerung, aber Marokko ist nicht ihr Ziel. Sie stecken hier fest. Das sind Situationen, denen Hunderte von Migranten in Oujda ausgeliefert sind.

Die Migranten in Oujda sind keine Zahlen, sie sind Menschen mit einer unglaublichen Kraft, die ihnen erlaubt zu überleben und menschliche Werte zu bewahren in anormalen Situationen. Die meisten von ihnen sind gezwungen sich für eine

lange Zeit von ihren Familien zu trennen, ihren Besitz und ihr Land zu verlassen wegen Verfolgung oder Krieg, der Armut zu entfliehen und der fehlenden Perspektive für die Zukunft. Sie sind Opfer von Ungerechtigkeit in ihren Ländern. Man kann ihnen nicht den Vorwurf machen, für sich mehr Sicherheit und ein besseres Leben zu suchen. Für die meisten unter ihnen ist die Migration keine Wahl.

ABCDS bietet vor allem Unterstützung für die Migranten in ihrer unsicheren und prekären Situation und versucht mit freiwilligen Helfern eine Notversorgung zu sichern, die die Migranten an ihren verschiedenen Aufenthaltsorten erreicht. Aber die Helfer sind stark eingeschränkt aufgrund fehlender finanzieller Mittel und polizeilichen Repressionen gegen sie.

Die Migranten von Oujda sind dabei die Hoffnung zu verlieren, sie können die immer schwerer werdende Last dieses gegen sie gerichteten Kampfes nicht mehr tragen.

Festnahmen und Zurückweisungen an der Grenze

Die Razzia des 23. Dezember 2006 war keine Ausnahme. Die Festnahmen und Zurückweisungen wiederholen sich im grenznahen Oujda für die Migranten aus dem subsaharischen Raum seit dem 23. Dezember permanent. Die Behörden verfolgen eine Politik der Razzien und Zurückweisungen.

Außerdem müssen die Migranten in Oujda eine unmenschliche Behandlung durch die Ordnungskräfte erdulden. Hier



drückt sich das widerwärtige Engagement Marokkos in der Rolle als Gendarm Europas aus.

Position von ABCDS zur europäischen Migrationspolitik

Die vergangenen Jahre, in denen die EU die universellen Werte der Freiheit, der Gleichheit und der Brüderlichkeit hätte hervorheben müssen, waren Jahre der Schande.

Tausende von Menschen sind Opfer des Krieges, den Europa den Migranten erklärt hat und an dem Marokko teilnimmt zur Sicherung der Grenzen. Die Schaffung einer „Festung Europa“ widerspricht dem Text und dem Geist mehrerer Verträge und internationaler Konventionen zu Menschenrechten, wie der Genfer Konvention, der Allgemeinen Erklärung der Men-

schenrechte, der Konvention der Menschenrechte und Grundfreiheiten und der Europäischen Menschenrechtskonvention. Es ist nicht länger hinnehmbar, dass die Länder der Europäischen Union ihre Migrationspolitik einseitig weiterführen. Das Bedürfnis nach Sicherheit darf nicht im Mittelpunkt stehen. Die Lösung findet sich in einem wirklichen Willen zur Entwicklung.

ABCDS verlangt nicht mehr, als dass die unsichere Situation der Migranten in Marokko und besonders in Oujda beachtet wird. Es darf nicht akzeptiert werden, dass diese Menschen in rechtsfreien Räumen unter prekären Bedingungen leben, die mit der menschlichen Würde unvereinbar sind.

Hicham Baraka, Vorsitzender von ABCDS (Oujda, den 28.06.07)

Info → <http://hicham2006.tigblog.org>



Wie ein zweiter Sklavenexport

AMADOU M'BOW ÜBER DIE SITUATION VON MIGRANTINNEN IN MAURETANIEN

Zu den Veranstaltungen und Aktionen gegen den G8-Gipfel wurde auch ein Menschenrechts-Aktivist aus Mauretanien eingeladen, einem Land, das durch seine Lage zwischen Nord- und Subsahara-Afrika gekennzeichnet ist. Er berichtete u.a. über den Zusammenhang zwischen EU-Fischfangabkommen und Fluchtursachen in Westafrika, aber auch über die Situation der TransitmigrantInnen und Aktivitäten gegen die EU-Migrationspolitik. Anke Schwarzer und Conni Gunßer hatten mit Amadou M'Bow bereits im Januar 2007 während einer Veranstaltungsrundreise durch Deutschland ein Interview gemacht, (das im Februar in analyse und kritik Nr. 514 abgedruckt wurde). Dieser Text wurde nachfolgend durch Informationen aktualisiert und ergänzt, die Amadou dann im Juni 2007 in Rostock eingebracht hatte.



Amadou M'Bow ist Generalsekretär der AMDH (*Association Mauritanienne des Droits de l'Homme*). 14 Jahre lang arbeitete die AMDH unter größten Schwierigkeiten. Ihre Mitglieder lernten Gefängnis und Folter kennen und nur auf Druck internationaler Organisationen wie amnesty international, FIDH (*Federation Internationale des Droits de l'Homme*) und Anti-Folter-Organisationen gelang deren Freilassung. Im Juni 2005 erfolgte die Anerkennung der AMDH durch die Regierung. Die AMDH geht Gerüchten und Informationen nach, konfrontiert dann die Verantwortlichen (meist in schriftlicher Form) damit und befragt sie. Gleichzeitig werden Informationen öffentlich gemacht.

Welche Bedeutung hatte und hat Migration in Mauretanien und was hat das mit Fischereiabkommen zu tun?

Auswanderung aus Mauretanien gab es bisher wenig, aber die Situation in der Fischerei, die 50% der Ökonomie des Landes ausmacht, hat sich verschlechtert: Mauretanien hat 720 km Atlantikküste mit reichen Fischvorkommen, was zu vielen Abkommen mit EU-Ländern führte. Seit 2005 hat die EU Mauretanien einen Vertrag aufgezwungen, mit dem 150 EU-Schiffe 150.000 Tonnen Fisch fangen dürfen – mit riesigen, technisch hochentwickelten Trawlern. Folge ist, dass die kleinen Fischer keine Chance mehr haben und inzwischen entweder ihre Boote für Auswanderungswillige vermieten bzw. verkaufen oder selbst versuchen, in Booten auf die Kanarischen Inseln zu gelangen. Die Fischfangabkommen zerstören einen wesentlichen Wirtschaftssektor Mauretaniens und wären nicht nötig, da das Land über reiche Bodenschätze, z.B. Eisen und Öl ver-

fügt. Hintergrund der Verträge mit der EU – sowohl Fischfang als auch Migrationskontrolle betreffend – ist eher die politische Situation in Mauretanien: Am 3.08.2005 fand

ein Militärputsch statt. Dies führte dazu zum Einfrieren aller EU-Hilfsprogramme eingefroren und Mauretanien Ausschluss von aus der AU ausgeschlossen wurde. Nach einer Zeit der Übergangsregierung fanden seit November 2006 verschiedene Wahlen statt, deren Abschluss die Präsidentschaftswahl am 11.3.07 bildete. Die EU gab Geld für diese Wahlen, die dann auch relativ demokratisch abliefen, und ein bisschen Geld bekamen auch Menschenrechtsorganisationen. Trotzdem kann man nicht von einer wirklichen Demokratie sprechen, denn die wesentlichen Posten sind durch eine (überwiegend arabische) Bourgeoisie besetzt, die von Verträgen z.B. mit der EU profitiert.

Wann wurde das Thema Migration zu einem Schwerpunktthema der AMDH?

Das begann 2005/2006. Früher war es MigrantInnen möglich, mit größeren Schiffen in Absprache mit Kapitänen relativ sicher nach Europa zu kommen. Das ist seit Ende 2005 nicht mehr möglich. Zuvor gab es die Ereignisse in Ceuta und Melilla, die Grenzen nach Europa in Marokko und Algerien wurden dicht gemacht und die militärische Überwachung der marokkanisch-mauretanischen Grenze war weiterentwickelt worden. Viele Flüchtlinge, die nun in Marokkos Norden in der Falle saßen, waren gezwungen, in den Süden Marokkos und in die Westsahara zu gehen oder wurden dorthin abgeschoben. In dieser Zeit wurden sehr viele Leichen an den Strand geschwemmt. Es gibt aber keine genaue Zahlen und wir misstrauen auch den Schätzungen. Fakt ist aber, dass es vorher diese Leichen nicht gab. Es kursierten viele Gerüchte, etwa, dass man die Leute von chinesischen Schiffen in den Atlantik

geworfen hätte. Wir gingen der Sache nach, recherchierten, weil das ein ernstes Problem war. Tatsächlich handelte es sich bei den Leichen um Flüchtlinge, die in dieser Zeit zu Tausenden mit kleinen Fischerbooten von den großen Häfen und später auch von den Dörfern an der Küste Richtung Kanaren ablegten. Außerdem wurden die Straßenkontrollen im Süden und Osten Mauretaniens enorm verschärft, denn das sind die Routen, über die die MigrantInnen ins Land kommen. Innerhalb der AMDH haben wir dann eine Kommission gebildet, die sich nun mit dem Thema Migration beschäftigt.

Welches Interesse haben die mauretanischen Behörden, diese Routen zu kontrollieren?

Mauretanien ist ein Land, in dem eine weiße, arabische und eine schwarze Bevölkerung lebt, und es gab immer Spannungen zwischen beiden Gruppen. Zwar sind in der Übergangsregierung alle Bevölkerungsgruppen vertreten, aber geputst hatten vor allem weiße, arabische Militärs und Mauretanien wird in fast allen Bereichen von der weißen, arabischen Gruppe dominiert. Zudem denkt Mauretanien im Moment, es könnte sich von anderen Ländern abschotten und reich werden, weil Off-shore Öl gefunden wurde, das bereits von einer australischen Firma gefördert wird. Und es gibt viel Druck von außen, vor allem von Spanien, aber auch von der EU-Grenzschutzagentur Frontex, die will, dass Mauretanien seine Grenzen kontrolliert.

Welche Sanktionsmöglichkeiten hat die EU?

Direkte Sanktionen gibt es keine, aber die EU hat nach dem Putsch 2005 die Hilfsprogramme gestoppt und jede Zusammenarbeit beendet. Mauretanien hatte das Interesse, dass diese Gelder wieder fließen. Spanien hat großen Druck ausgeübt, dass die Grenzkontrollen verschärft werden. Es ging dabei immer um die Süd- und Ostgrenzen. Im Norden war das nicht nötig, denn Marokko und Algerien machten diesen Job bereits. Gleichzeitig hat Spanien versprochen, sich in Brüssel dafür stark zu machen, dass diese Programme wieder aufgenommen werden. Als Mauretanien der Grenzsicherung und der Aufnahme von abgeschobenen Flüchtlingen zustimmte, hat die EU tatsächlich die Beziehungen offiziell wieder aufgenommen.

Das heißt, es flossen keine Gelder, die speziell zur Grenzsicherung vorgesehen waren, wie in Libyen beispielsweise, sondern die regulären Programme, Fischereiverträge und so weiter wurden wieder aufgenommen?

Doch, es gab auch Gelder für konkrete Grenzsicherungsprojekte. Die EU hat über Spanien Material geliefert, zum Beispiel Schnellboote, Radargeräte und Hubschrauber, die vor allem im Norden in der Hafenstadt Nouadhibou eingesetzt wurden. In dieser Stadt gab es sogar gemeinsame Kontrollen mit der spanischen Guardia Civil, während die südlichen und östlichen Grenzen von mauretanischen Grenzschützern allein kontrolliert wurden. Im Norden wurden auch zwei Lager errichtet mit einer Kapazität von je 240 Personen. Das Geld für die Lager kam aus der EU, Spanien hat das organisiert und auch mit der

Guardia Civil bewacht. Doch nach Protesten mussten sie das Land verlassen.

In den Lagern waren bis Herbst 2006 etwa 700 Menschen interniert. Als ich allerdings die Lager in Nouadhibou im Oktober 2006 besuchte, waren sie leer. Ich habe den Eindruck, dass die Regierung ihre Politik geändert hat. Statt sie zu internieren, transportiert sie die Menschen an die Grenzen zu Senegal und Mali und schiebt sie schnell ab. Die Regierung behauptete ähnlich wie bei den Lagern, sie wisse nichts davon. Später erklärte sie aber, es sei nicht erlaubt, von Mauretanien aus nach Spanien zu fahren, deshalb würden die Leute festgenommen. Dies ist rechtswidrig, denn Menschen aus dem Senegal und aus Mali benötigen für Mauretanien kein Visum und dürfen deshalb nicht abgeschoben werden. Die AMDH prangerte dies bei der Regierung an, inzwischen haben diese Abschiebungen nachgelassen. Aber es gibt immer wieder neue, meist geheime und für Menschenrechtsorganisationen unzugängliche Lager, z.B. in Hallen im Hafen, in die auf Druck der EU mit Hilfe von Frontex zurückgeschickte Bootsflüchtlinge interniert werden (was z.B. im Februar 2007 mit 400 asiatischen und afrikanischen Menschen an Bord des havarierten Frachters Marine I geschah, bevor sie – z.T. erst nach Monaten – abgeschoben wurden).

Wie reagiert die Bevölkerung in Mauretanien auf die zunehmende Transitmigration?

Es gibt ganz verschiedene Reaktionen. Gut organisierte Banden nutzen die Situation der MigrantInnen aus und verlangen viel Geld, bis zu 2.000 Euro, von ihnen und versprechen, sie nach Europa zu bringen. Einige denunzieren die MigrantInnen und melden sie der Polizei. Andere kassieren und verschwinden dann einfach. Und einige helfen ihnen in die Boote, überlassen sie dann aber ihrem Schicksal. Ansonsten gibt es viele Menschen, die sich nicht für die MigrantInnen interessieren, da sie genug Probleme mit dem eigenen Überleben haben. Andere haben Mitleid und helfen. Das heißt nicht, dass sie Schlepper sind, sondern sie helfen, die elementaren Bedürfnisse zu befriedigen, Arbeit zu finden und Essen zu bekommen. Aber es gibt eine große Mehrheit, die noch gar nicht sensibilisiert ist für die Probleme der Migration.

Verglichen mit Marokko würde ich sagen, dass es in Mauretanien nicht so einen offenen und heftigen Rassismus gegen Schwarze gibt. Damit will ich nicht sagen, dass es hier keinen





Rassismus gibt. Aber in der Hauptstadt Nouakchott gibt es zum Beispiel Viertel, in denen nur Schwarze wohnen. Dort können MigrantInnen aus dem Senegal, aus Guinea, Gambia und Togo ganz gut leben. Oft arbeiten sie im informellen Sektor, üben bestimmte Berufe aus und das ist auch nicht verboten. Das war in Mauretanien schon immer so: man kann einwandern, um hier zu arbeiten. Die MigrantInnen leben ganz normal in Häusern, die offiziell auf ihren Namen gemietet und bezahlt werden. Ich weiß allerdings nicht, ob Fluchthelfer oder irgendwelche Banden das organisieren. Es gab schon immer Armenviertel, vor allem in der Hauptstadt. Aber seit die Einwandererzahl angestiegen ist, sind die Wohnungen und Häuser teurer geworden. Hausbesitzer profitieren davon, Wohnungen teuer zu vermieten.

Welche Entwicklungen siehst Du in der Zukunft bzgl. Migration in Mauretanien und insgesamt in Afrika?

Wichtig ist, dass wir wieder eine Perspektive haben. 70 Prozent der Bevölkerung sind jünger als 30 Jahre. Die jungen Leute brauchen Bildung, für die die korrupten Regierungen aber nicht sorgen und so entsteht Hoffnungslosigkeit und ein Motiv, auszuwandern.

Nur in zwei der 15 westafrikanischen Staaten gab es keine Staatsstriche. Kongo war früher ein Einwanderungsland, auch für mauretanische Arbeiter. Heute gibt es dort Krieg. Auch Sierra Leone war früher ein ruhiges, reiches Land. Jetzt gibt es in Westafrika Konflikte um Macht und Reichtümer. Die Migration hat viel mit diesen Konflikten zu tun. Visa für Europa sind nicht zu bekommen und so gehen die Leute los und riskieren ihr Leben. Die Boote starten jetzt in Gambia und im Senegal, obwohl dort schon die Frontex ist. Geld bekommt eine immer wichtigere Bedeutung in der westafrikanischen Gesellschaft, aber es gibt keins. Um es zu kriegen, muss man weggehen. Junge Leute werden von ihren Familien systematisch auf das Weggehen vorbereitet. Afrika verliert so seine jungen Leute, es ist wie ein zweiter Sklavenexport.

Ein neues Phänomen ist auch, dass sich inzwischen unter jungen mauretanischen Fischern, die früher nie ihr Land verlassen wollten, das Gerücht verbreitet, in Europa könne man schnell reich werden. Ich teile nicht die Ansicht, dass es keine Hoffnung und Perspektive in Afrika gibt, aber diese Ansicht ist weit verbreitet, denn Leute, die wie die Mitglieder meiner Organisation für eine Änderung in Afrika kämpfen, haben sehr schwierige Bedingungen.

Neoliberale Zurichtung in Afrika

UND DIE SELBSTORGANISSIERUNG VON FRAUEN IM SENEGAL

Madjiguene Cisse, frühere Sans Papier Aktivistin in Paris und heute im Frauennetzwerk REFDAF¹ im Senegal aktiv, war genau mit dieser Doppelerfahrung als eine der RednerInnen für die Eröffnungsveranstaltung des Alternativgipfels eingeladen worden. Im folgenden eine Einschätzung von ihr zu den Folgen der neoliberalen Politik in Afrika sowie Erläuterungen zu ihrer Arbeit bei REFDAF.

Die Teilnahme der REFDAF am Gegengipfel gegen den G8 im vergangenen Juni in Rostock zeigt das Interesse unserer Organisation an Entwicklungsfragen. Obwohl Afrika in Globalisierungsprozessen bereits geübt ist, kommt die Entwicklung Afrikas spät. Das Problem ist, dass Afrika mit quasi leeren Händen in die Globalisierung eintritt. Die Kinder Afrikas, die ihre Hoffnung in den Kontinent aufgegeben haben, versuchen mit allen Mitteln, in die Länder des Nordens zu gelangen. Trotzdem haben sich die „Großen“ dieser Welt auf dem G8-Gipfel nicht

viel über migrationsbezogene Fragen ausgelassen, haben sie diese doch nach ihrem Standard bereits geregelt: durch Stacheldraht, durch Mauern, die zwischen ihnen und den Bettlern des Planeten verlaufen, durch infame und kriminelle Gesetze. Dass Hunderte von Armen vor ihren Türen sterben, hindert sie nicht, zusammen anzustoßen.

Die afrikanischen Delegationen, die am G8-Gegengipfel teilnahmen, setzten ihre Hoffnungen nicht auf den offiziellen G8, aber auf die Opposition.

Denn wir sind zu einem Zeitpunkt zum G8 gefahren, in dem die EU die berühmten EPAs (siehe Seite 33) mit unseren Ländern unterzeichnen will. Diese EPAs, die demnächst in Kraft treten sollen, zwingen alle Produktionssektoren unseres Landes auf die Knie:

- die Landwirtschaft: Früchte, Gemüse, Getreide
- die Viehzucht: Fleisch, Milchprodukte
- der Textilsektor: die EU verlagert die Produktion nach China und in andere asiatische Länder. Dort sind Arbeitskräfte billig und die Kosten für Stoffe liegen unter den realen Produktionskosten, was die Industrie in unseren Ländern in den Ruin treibt.
- Die Fischerei: mit den Verträgen, die mit den Ländern der Atlantikküste, Senegal und Mauretanien, unterzeichnet wurden, begünstigt die EU das Versiegen unserer Fischereiresourcen. Zudem wird das Fischereihandwerk mit allen dramatischen Konsequenzen ausgerottet: Fischer, HändlerInnen, FischgroßhändlerInnen verlieren ihre Arbeit, ebenso die Hersteller von Fischfilets und Restaurantbetriebe, obwohl im Senegal die primäre Proteinquelle der Fisch ist. Wenn Fisch und Meeresfrüchte nicht mehr erhältlich sind, werden neue Probleme durch Mangel- und Unterernährung auftreten.

Diese Schlüsselsektoren werden langsam durch die Subventionen der EU und durch die EPAs ausgeblutet; ein weiteres Problem ist die Verschleuderung unserer Bodenschätze durch gierige Regierungen an die multinationalen Konzerne und die Landwirtschaftsindustrie des Nordens, die uns unserer Felder berauben, um Pflanzenkulturen anzulegen, die in den Norden exportiert werden. Wenn solche Krisen in den genannten Produktionssektoren auftreten, dann werden in der Regel die Schwächeren, meist die Frauen, hinausgeworfen und ein kleiner Kreis, der häufig aus Männern besteht, beansprucht die verbleibenden Plätze für sich. Mit der Unterzeichnung der EPAs und der Öffnung unserer Grenzen im großen Stil für Produkte des Nordens oder anderswo, verlieren wir Stück für Stück unsere Autonomie und werden zu Warenhäusern des

Gemälde: Victor Nzuzi





Nordens. Die Konsequenzen dieser neuen Formen der Kolonisierung spüren vor allem Frauen und Kinder. Seit der Unabhängigkeit unserer Länder wurden die Frauen immer aus den Entwicklungsfragen herausgehalten. Sie wurden weder an den Diskussionen um deren Ausrichtung, noch an deren Umsetzung beteiligt. In dieser alarmierenden Situation werfen sich die jungen Menschen ins Meer und hoffen, auf der anderen Seite des Ozeans eine bessere Zukunft zu finden.

Der G8 bleibt damit ein Auftritt der „Großen“, die dafür arbeiten, dass die Multinationals weiter in ihrem Interesse entscheiden und ihren Reichtum auf dem Rücken der Menschen anhäufen können. Der Gegengipfel hingegen bot unterschiedlichste Bühnen, um unsere Kritik auszudrücken und neue Kontakte zu eröffnen, gefolgt jedoch von der Schwierigkeit, in welcher Form Austausch und Kooperationen fortgesetzt werden können. Ansonsten bliebe das Gefühl der Vereinzelung, als ob wir nur für die Zeit des Gipfels zusammengewesen wären.

Vor dem Hintergrund all der erwähnten Gefahren, die Afrika bedrohen, begann die REFDAF mit afrikanischen Frauen zu arbeiten, um Alternativen zu entwickeln, die die Bedürfnisse der AfrikanerInnen befriedigen können. Frauen mischen sich ein: in die Debatten, in die Wahl der Orientierung, in die Wahl der Investitionen, die Art von Produktion; kurz: in alles, was eine wahre Basis für die Entwicklung Afrikas darstellen kann. Eine Entwicklung, die allen afrikanischen Menschen ihre ökonomischen, sozialen, kulturellen und politischen Rechte bewahrt. Die Idee von REFDAF ist es, mit den Frauen der Basis auf die Suche nach Entwicklungsmöglichkeiten zu gehen. Afrikanischen Frauen soll die Möglichkeit der Entwicklung gegeben werden, anstatt sie im Kleinen zu begrenzen: Kleinkredite, kleine häusliche Landwirtschaft, Kleinstviehzucht, geringe Ausbildung ... alles Dinge, die es den Frauen erlauben, knapp den Kopf über Wasser zu halten, anstatt dauerhafte Lösungen für ihre Probleme zu finden.

Das REFDAF Frauennetzwerk für dauerhafte Entwicklung in Afrika umfasst 150 Basisorganisationen aus dem ganzen Senegal, ca. 80% davon aus ländlichen Regionen. Nach fünf Jahren intensiver Aktivitäten in den Bereichen Planung, Austausch, Ausarbeitung und Umsetzung einiger Erfahrungen, haben wir unser erstes Nationales Programm fertiggestellt, das die unterschiedlichen regionalen Programme vorstellt: die Projekte

zur Entwicklung in der Landwirtschaft, die handwerklichen und halbindustriellen Projekte zu Weiterverarbeitung und Wiederaufbereitung, sozial, kulturell, menschlich und professionell qualifizierte Bildung, ein großes Projekt zum Lebensraum von Frauen und ihren Familien, ein Programm für den kommerziellen Vertrieb von Produkten über den Umweg des „Austauschraumes“ der REFDAF. Die nationale Gesellschaft der HLM (gemeinnütziger Wohnungsbau) hat der REFDAF gerade eine bestimmte Anzahl von Parzellen für die weiblichen Mitglieder der Sektion Habitat (des Lebensraumes für Frauen) zur Verfügung gestellt, ebenso einen weiteren Gemeinschaftsraum für die REFDAF in Keur Massar, einem Vorort von Dakar, womit das Projekt „Frauenstadt“ in seine konkrete Phase tritt. Das Projekt „Austauschraum“ konnte im Oktober 2005 dank finanzieller Unterstützung durch die deutsche Stiftung Umverteilen aufgebaut werden. Frauen können ihre lokalen Produkte auf einem großen Markt in Dakar, Grand-Yoff, verkaufen. Dieser Verkaufsraum wird länger geöffnet sein, als andere Räume in regionalen senegalesischen Hauptstädten oder anderen Hauptstädten Westafrikas. Wie der Name es besagt: REFDAF nährt die afrikanischen Ambitionen! In der Stunde der afrikanischen Einheit unterstützt die REFDAF eine starke Bewegung der afrikanischen Frauen, mit dem Ziel, eine starke weibliche Zivilgesellschaft sichtbar zu machen, die Einfluss auf Orientierung und alltägliche Rhythmen der Gesellschaft nimmt. Die REFDAF arbeitet heute für wahre Alternativen, die Frauen im Kampf um Entwicklung ins Zentrum stellen. Wir streben an:

- qualitativ hochwertige Ausbildungen
- Erweiterung der Produktion
- Programme, mit denen die Entwicklung des Kontinents gefördert wird

Es geht darum, dass die Menschen die Kontrolle über ihr Leben (wieder)erlangen, um den Premiers, die uns etwas von Demokratie in Afrika erzählen, klarzumachen, was die Menschen wirklich interessiert. REFDAF, Seite an Seite mit anderen afrikanischen Organisationen, mobilisiert Frauen, um ein neues Afrika zu schaffen, in dem Reichtum gleich und gerecht geteilt wird.

(1) REFDAF: Réseau des femmes pour le Développement durable en Afrique – Frauennetzwerk für anhaltende Entwicklung in Afrika, siehe auch www.refdaf.org



Ressourcenkriege und Migration

MENSCHENRECHTE IN DER DR KONGO

Beitrag von Victor Nzuzi (DR Kongo), von Via Campesina auf dem Panel „We are here because you are there – Strukturelle Hintergründe von Flucht und Migration“ während des G8-Alternativgipfels.

Die Frage der Migration befällt das kongolesische Volk wie ein Virus. Gründe dafür sind Kriege, durch die Diktatur Mobutus bedingte Armut und fehlende Grundrechte für die Bürger. Meinen Protest drücke ich aus in Zeichnungen, die ich auch veröffentliche.

Die Demokratische Republik Kongo (DRK) ist ein Land, das seit seiner Unabhängigkeit keine politische Stabilität kennt; bereits 6 Monate nach seiner Unabhängigkeit wurde der Premierminister Lumumba durch einen belgisch-amerikanischen Komplott umgebracht. So kam der Diktator Mobutu an die Macht, der ein Regime des Terrors, der Korruption, der Unterschlagung einführte und unproduktive und unrentable Projekte ausführen ließ, die das Land in unbezahlbare Schulden führten.

Schon in der Zeit Mobutus, als Rechte und Freiheiten verletzt wurden, begannen die Kongolesen das für sie unsicher werdende Land zu verlassen. Nach dem Fall Mobutus war das Land in großer Armut und musste zusehen, wie alle Intellektuellen das Land verließen, um der Armut zu entkommen. Das Land war dem Krieg zum Opfer gefallen.

Dieser Krieg verursachte mehr als 4 Millionen Tote und 2 Millionen Vertriebene, das verstärkte einmal mehr die Migration oder den Aufbruch ins Ausland.

Bis zum heutigen Tag existiert der Krieg noch im Osten des Landes, genauer in Kivu, und das trotz der großen Präsenz der UNO im Land. Diese UNO-Truppe ist aber verwickelt in viele Skandale: sexueller Missbrauch, Waffenhandel, Handel mit Rohstoffen ...

Die schlecht organisierten Wahlen brachten nicht das erwartete Ergebnis; die militärische Intervention Deutschlands und der EUFOR führten nur zu mageren Ergebnissen und da drängt sich die Frage auf, ob es weiterhin Europa sein kann, das die Demokratie in Afrika legitimiert.

Nach dieser Einführung lässt sich verstehen, dass die Migrationsfrage der schlechten Politik des Nordens in Afrika geschuldet ist; es geht um die Ökonomisierung von Kriegen, besonders in den Ländern mit Bodenschätzen wie Erdöl oder Diamanten; in Sierra Leone, Liberia, Angola, DR Kongo, Tschad, Kongo (Brazzaville), Elfenbeinküste... Dort gibt es überall Krieg.

Wer hier Krieg führt, raubt und plündert die Reichtümer eines Landes. Auf einer meiner Zeichnungen sind Flugzeuge der

UNO zu sehen. Sie transportieren gestohlene Bodenschätze aus den Kriegsregionen der DRK. Anstatt den Frieden zu sichern, beteiligen sich die UNO-Truppen an Handelsaktionen und an der Ausbeutung ...

Die westlichen Länder, z. B. die G8, verursachen durch ihre Politik die Flucht der Menschen, weil sie Maßnahmen durchsetzen, durch die die afrikanischen Länder verarmen. Das ist die Art von Politik der Weltbank, des IWF, der WTO oder der AGOA mit der Europäischen Union. Meine Zeichnung zeigt Afrika auf dem Grillrost. Bei allen großen Zusammenkünften benutzen sie ihre Macht, um Afrika zu zerstören, sie konfiszieren und plündern den Reichtum Afrikas. Kurz gesagt: die G8 fressen Afrika. Wie wollt ihr, dass trotz des Feuers und der Hitze die Afrikaner in ihren Ländern bleiben?

Die Afrikaner, besonders die Bauern, verlassen Afrika, denn die Agrarsubventionen der reichen Länder zerstören die afrikanische Landwirtschaft; wir kennen die Geschichte von Baumwolle, Bananen, Hühnern, Milch... Eine meiner Zeichnungen zeigt eine Ziege vor einem LKW mit kongolesischen Produkten, die aus dem Norden kommen. Selbst die Ziege ist überrascht über diese unfaire Konkurrenz gegenüber Afrika – der Norden mit Traktoren, Afrika muss konkurrieren mit Hacke und Axt. Es bedeutet, dass die Mehrheit der Afrikaner, die von der Landwirtschaft leben, verdammt sind arm zu werden, sie müssen ihr Land verlassen, sie müssen migrieren ...

Schließlich bringt uns aber unser Kampf zusammen. Meine Zeichnung zu diesem Thema zeigt einen Elefanten, der von Bienen angegriffen wird. Was bedeutet das? Wir müssen uns zusammen tun gegen die Großen, die die Kleinen zerdrücken. Bei uns in der DRK treten der belgische Botschafter und ein Vertreter der IOM in Fernsehsendungen auf, um den Leuten klar zu machen, dass sie in ihrem Land bleiben sollen, sie zeigen Bilder aus einem belgischen Flüchtlingscamp.

Wir sprechen im Radio um zu sagen, dass man diese Art der Propaganda beenden muss, man muss klar und deutlich über die wirklichen Gründe für Migration sprechen.

Kurz gesagt: die Welt muss sich ändern, damit die Menschen Rechte haben und Freiheiten, die internationale Entwicklungspolitik muss den Schrecken der Migration verhindern, damit Migration wieder ein Recht auf Bewegung wird und nicht ein Zwang sein Land zu verlassen wegen der Misere.



Fotos: Marily Stroux





Plakat: Anti-EPA-Kampagne

Stop EPA – auch bei den Anti-G8-Aktionen!

ZU DEN HINTERGRÜNDEN DER SOGENANTEN WIRTSCHAFTS-PARTNERSCHAFTSABKOMMEN

Zu den Gästen, die das Bündnis G8, Flucht & Migration aus Afrika eingeladen hatte, gehörte unter anderem Gyekye Tanoh aus Ghana. Tanoh ist einer der Koordinatoren der STOP-EPA-Kampagne des African Trade Network. Reichlich spät hat die (globale) Öffentlichkeit von den derzeit zwischen der EU und den 78 AKP-Staaten (Afrika, Karibik, Pazifik) verhandelten Economic Partnership Agreements Notiz genommen. Selbst in Afrika sind die mittlerweile stark angewachsenen Anti-EPA-Proteste lange vor allem auf die englischsprachigen Länder beschränkt gewesen – zum Durchbruch ist es erst im Januar 2007 beim Weltsozialforum in Nairobi gekommen.

Die EPA-Verträge sind auf dem Alternativgipfel im Rahmen des Mittelpodiums über strukturelle Ursachen von Flucht und Migration („Wir sind hier, weil ihr unsere Länder zerstört“) eines

von mehreren Beispielen für jene Entwicklung gewesen, die im Aufruf zum antirassistischen Aktionstag am 4. Juni als globale Apartheidspolitik kritisiert wird. Was es mit den EPAs auf sich hat, haben wir unter Rückgriff auf einige Fact Sheets der Stop-EPA-Kampagne und attac zusammengestellt:

Die Europäische Union (EU) verhandelt derzeit mit den Staaten in Afrika, der Karibik und der Pazifik-Region (AKP-Staaten) über regionale Freihandelsabkommen, die Wirtschafts-Partnerschaftsabkommen (Economic Partnership Agreements, kurz EPAs). Mit den EPAs werden Ausbeutung, Ungleichheit und Armut in den Ländern des Südens noch weiter zunehmen. Trotz immer stärker werdender zivilgesellschaftlicher Proteste und massiver Bedenken vieler AKP-Staaten will die Europäische Kommission die EPA-Freihandelsgespräche bis Ende

2007 abschließen. Falls die AKP-Staaten den umfassenden Forderungen nach Liberalisierung nicht nachkommen, hat die EU jedoch ein entscheidendes Druckmittel: sie droht den AKP-Ländern, die Entwicklungshilfe zu kürzen und den Marktzugang für die Exportprodukte der betroffenen Länder wesentlich zu erschweren.

Ziel der EPAs ist es, „reziproke“, d.h. gegenseitige, Handelsabkommen zu schaffen, die auch die AKP-Staaten zur Öffnung ihrer Märkte für europäische Produkte, Investitionen und Dienstleistungen zwingen. Dass bei den gegenwärtigen EPA-Verhandlungen mit Blick auf die immensen volkswirtschaftlichen Unterschiede der Verhandlungsparteien nicht von „Partnerschaft“ die Rede sein kann, liegt auf der Hand: eine der reichsten Regionen der Welt verhandelt mit 76 AKP-Ländern, die zu den ärmsten Ländern der Welt gehören. Während die EU über die allerneueste Technologie, ein hervorragendes Verkehrsnetz und überdurchschnittliche Bildungsmöglichkeiten verfügt, gibt es in Afrika, der Karibik und dem pazifischen Raum häufig noch nicht einmal geteerte Strassen oder eine verlässliche Stromversorgung. Hier gleiche Bedingungen beim Handel mit Gütern und Dienstleistungen oder bei der (De-)Regulierung von Investitionen einzufordern, bedeutet, die Lebensgrundlage von Millionen von Menschen zu gefährden. Denn heimische Industrien, lokale Unternehmen und Kleinbauern können der europäischen Konkurrenz in den allermeisten Fällen nicht Stand halten – wie die Erfahrungen mit bisherigen Handelsliberalisierungen in den sechs AKP-Regionen deutlich zeigen: die Armut in diesen Ländern ist gestiegen, die soziale Ungleichheit hat drastisch zugenommen. EPAs werden diesen verheerenden Trend fortsetzen. Ein Großteil der Bevölkerung in diesen Ländern lebt von der Landwirtschaft. Schon jetzt entledigt sich die EU einfach ihrer Überproduktion und zerstört damit die lokalen Märkte für Kleinbauern und Kleinbäuerinnen. Werden die Importzölle weiter gesenkt, verlieren Millionen gänzlich ihre Lebensgrundlage; die jetzt schon dramatische Landflucht wird weiter verstärkt. An demokratische Spielräume für eine eigenständige Wirtschafts- und Sozialpolitik in den AKP-Ländern wäre mit anderen Worten nicht mehr zu denken, so denn diese nicht ohnehin durch die Strukturanpassungsprogramme des IWF in den letzten 20 Jahren weitgehend zerschlagen wurden.

Vordergründig geht es der EU darum, die Vorgaben der Welt Handelsorganisation (WTO) zu erfüllen und die bisher den AKP-Staaten einseitig gewährten Handelspräferenzen zu beenden. Vor allem die AKP-Staaten wären damit zu einem umfassenden Abbau von Importzöllen gezwungen. Doch die europäischen Forderungen gehen weit über bestehendes WTO-Recht hinaus: Europäische Dienstleistungskonzerne im Energie-, Finanz- und Tourismussektor würden weitere Möglichkeiten eingeräumt, auf neue Märkte zu expandieren und ihre Investitionen politisch abzusichern. Praktisch würde das heißen, dass europäische Investoren einerseits nicht schlechter gestellt werden als einheimische Unternehmen, andererseits aber von der Umsetzung nationaler Sozial- und Umweltstandards oder von steuerlichen Pflichten entbunden werden können. Statt internationale Unternehmen stärker in die Pflicht zu nehmen, höhlen Investitionsabkommen also die

sozialen und ökologischen Rechte des Gastlandes weiter aus. Die Folge: ausländische Konzerne können für die negativen Sozial- und Umweltfolgen ihrer Tätigkeiten so gut wie nicht mehr zur Rechenschaft gezogen werden.

Schließlich soll auch der Schutz des geistigen Eigentums verschärft und den europäischen Unternehmen der Zugang zu den Rohstoffen der AKP-Länder geebnet werden. Letzteres würde dazu beigetragen, dass eben jene Unternehmen die dortigen Produktionsbedingungen nach ihren Interessen gestalten könnten, ohne im Sinne der Entwicklung des Gastlandes tätig zu sein.

Aufgrund des Widerstands eines breiten Bündnisses von Entwicklungsländern konnte die EU in der WTO bisher kein Verbot der Bevorzugung heimischer Unternehmen bei der Vergabe staatlicher Aufträge durchsetzen oder die Regulierungsspielräume für ausländische Direktinvestitionen wesentlich einschränken. Nun versucht die EU jedoch, drei der sogenannten „Singapur-Themen“ (Investitionen, Wettbewerb und öffentliches Beschaffungswesen) bilateral über EPAs durchzusetzen. Mit einer solchen „WTOplus“-Liberalisierung würde eine eigenständige demokratische Steuerung und Umsetzung wirtschaftlicher Entwicklungsstrategien in den AKP-Staaten so gut wie unmöglich gemacht.

Die Verhandlungen mit den AKP-Staaten sind nur der Beginn für die EU. Weitere bilaterale Freihandelsabkommen mit Schwellenländern und Wachstumsregionen dieser Welt liegen in den Brüsseler Schubladen.

Infos:

→ **Factsheets der Stop EPAs Kampagne, Download unter: www.attac.de/wto/epas/**

→ **Europa plündert Afrika – Der EU-Freihandel und die EPAs. Attac Basistext, Mai 2007.**

→ **Economic Partnership Agreements (EPAs), Responses to the EU Offensive against ACP Developmental Regions.**

TNI, Mai 2007 www.tni.org/reports/altreg/epas.pdf

→ **Understanding EPAs. Fact Sheet des South Centre, März 2007. Download unter www.southcentre.org/publications/Analytical-Notes/Other/2007Mar_EPA_Fact_Sheet_No1.pdf**





Demonstration des Nobordercamps in Ushgorod, August 2007

Ukraine – „Marokko des Ostens“

EINDRÜCKE UND HINTERGRÜNDE ZUM NOBORDER-CAMP IN TRANSKARPATIEN

Dass uns mitten auf dem Marktplatz in Ushgorod¹ ein palästinensischer Flüchtling ansprach, der 5 Monate im westukrainischen Abschiebelager Pawschino inhaftiert war und zudem Interesse hatte, von diesen Erfahrungen in beeindruckender Weise auf einem Workshop im Nobordercamp zu berichten², war vielleicht Glück, dann aber verdient! Denn die ukrainischen FreundInnen hatten parallel zum landschaftlich idyllisch gelegenen, aber somit auch isolierten AktivistInnencamp am Fluss auch ein Noborderfestival organisiert, das mitten in der Stadt mit Live-Musik, Filmen und Vorträgen sicher hunderte von „NormalbürgerInnen“ der transkarpatischen Hauptstadt mit der Kritik am Migrationsregime in Berührung brachte. Und so war auch der wertvolle „Pawschino-Kontakt“ ein Ergebnis dieser erfolgreichen Öffentlichkeitsarbeit des ersten Nobordercamps in der Ukraine.

Als „Kommunikationscamp“ zwischen Ost und West angelegt, war das Projekt nicht zuletzt auf Veranstaltungen der Anti-G8-Woche mehrfach angekündigt und dazu eingeladen worden (siehe transnationaler Talk Seite 11). Denn während die EU-Südgrenze spätestens nach den Ereignissen in Ceuta und Melilla sowie den nahezu täglichen Dramen um die Boat-people auch in den Massenmedien zum Thema geworden ist, bleibt die Situation an der EU-Ostgrenze selbst in den politischen Bewegungen wenig beachtet. Keine Frage, zwischen

Afrika und Europa sterben sicherlich die meisten Menschen als Folge einer brutalen Migrationskontrolle. Doch dasselbe EU-Grenzregime ist an den östlichen Außengrenzen aktiv, mit ebenfalls unmenschlichen und bisweilen auch tödlichen Konsequenzen. Und statistisch gesehen ist der Osten sogar bedeutender: weitaus mehr Flüchtlinge und MigrantInnen kommen über die Ostroute in die EU. Aus dem Blickwinkel der Grenzschutzagentur Frontex³ ist die Ukraine daher – ähnlich wie Marokko – vor allem eine „Problemzone illegaler Migration“. Und es ist kein Zufall, dass sowohl die Ukraine wie auch Marokko zentrale Zielländer der sogenannten „Europäischen Nachbarschaftspolitik“⁴ sind, die diese jeweils mit Millionen-Euro-Programmen zu in ihrem Sinne funktionierenden Pufferstaaten machen wollen.

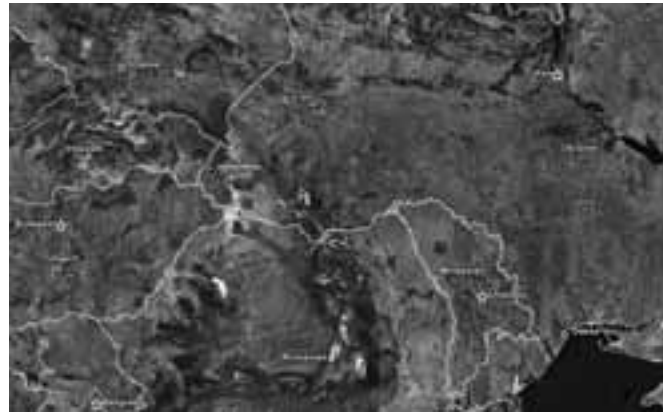
Ein Brennpunkt der Migration ist Transkarpatien jedenfalls im doppelten Sinne: Herkunftsregion zehntausender ukrainischer Wanderarbeiter und Transitstation für zahllose Flüchtlinge und MigrantInnen aus Ländern des globalen Südens. Das Gefälle ist unübersehbar: Sichtbare Zeichen massiver Armut finden sich zwar auch in den östlichen Regionen Ungarns, doch hinter dem Grenzübergang in die Ukraine geht es eindeutig nochmal eine ziemliche Stufe runter. Der Zustand der meisten Häuser oder die Kleidung vieler Menschen läßt ahnen, dass das monatliche Durchschnittseinkommen häufig

keine 70, selten 120 Euro und manchmal 150 Euro übersteigt. Letzteres verdienen vielleicht diejenigen, die einen Arbeitsplatz in der sich vergrößernden Automobilindustrie gefunden haben: im Skoda/VW-Werk direkt hinter der Grenze in Chop, oder einige Kilometer weiter am Stadteingang zu Ushgorod beim japanisch-amerikanischen Autozulieferer Yazaki. Diese verlängerten Werkbänke erscheinen als Ausläufer der in den letzten Jahren zunehmend nach Osteuropa⁵ verlagerten Automobilproduktion.

Hier in Transkarpatien, also kurz hinter der EU-Grenze, hoffen einige global Player offensichtlich auf ein längerfristiges Niedriglohnparadies (Maquiladora!⁶). Die ArbeiterInnen, bei Yazaki fast ausschließlich Frauen aus den Dörfern der Umgegend, wechseln schnell den Job, sobald sich ihnen irgendwo was besseres bietet als diese triste Schichtarbeit. Aber sie haben wenig Alternativen: schon zu Zeiten der Sowjetunion gab es wenig Industrie, die landwirtschaftlichen Möglichkeiten sind durch die Karpaten begrenzt, Tourismus ist noch wenig entwickelt. Viele haben deshalb keine andere Wahl als sich durchzuschlagen mit Kleinhandel oder Benzinschmuggel⁷. Oder eben auszuwandern: nach Tschechien oder Rußland, nach Portugal oder in die USA⁸, sei es als SaisonarbeiterIn oder Au-Pair für einige Monate oder als Bauarbeiter oder Haushaltshilfe für einige Jahre. Und viele kommen dann gar nicht mehr zurück oder allenfalls auf Besuch zu den wichtigen Feiertagen.

Über 40 % der arbeitsfähigen Bevölkerung Transkarpatiens ist temporär oder dauerhaft auswärts beschäftigt. In früheren Jahren waren es vor allem die Männer, die sich auf den Weg machten. Heute sind es gleichermaßen Frauen. Zwar werden Visas für die Ausreise Richtung Westen immer teurer, doch sie lassen sich (noch) organisieren und die illegale Grenzüberschreitung für UkrainerInnen bleibt insofern die Ausnahme. Doch diese Touristenvisas gelten maximal 3 Monate und berechtigen nicht zur Arbeitsaufnahme. Job und Geld verdienen sind somit in aller Regel von Anfang an „illegal“ und der Aufenthalt als „Overstayer“⁹ wird es dann oft ebenfalls. Doch in diversen Legalisierungskampagnen der letzten Jahre in Südeuropa¹⁰ konnten auch viele UkrainerInnen einen regulären Aufenthaltsstatus erlangen, der jedoch immer an Bedingungen geknüpft wurde, und in aller erster Linie an den Arbeitsplatz. Denn überall in Europa sind fügsame ArbeiterInnen für die verschiedenen Niedriglohnsektoren¹¹ gefragt. Umso erstaunlicher, dass die ArbeitsmigrantInnen trotz dieser ausbeuterischen Umstände jeden Monat immense Geldsummen an ihre Familienangehörigen schicken, auch in die Ukraine und insbesondere in Transkarpatien¹². Wie in vielen Ländern am unteren Ende des globalen Lohngefälles sind diese Rücküberweisungen, die Remisen, zu einem zentralen Einkommensfaktor geworden. Das macht sich nicht nur an den überall eröffneten Überweisungsbanken bemerkbar, sondern daran, wie diese Ersparnisse aus der Wanderarbeit neue Möglichkeiten schaffen: die Einrichtung eines Ladens oder den Kauf eines Taxis, die Renovierung des Hauses oder die Anschaffung teurer Konsumgüter wie z.B. Autos, oder auch die ansonsten kaum zu finanzierende Ausbildung der Kinder.

Die nahe Grenze zur EU eröffnet nicht wenigen Menschen in einer der ärmsten Regionen der Ukraine noch eine andere Ein-



kommensmöglichkeit. Illegale Grenzüberschreitung ist stark gefragt, das angeblich mafiotisch strukturierte Geschäft bietet Jobs bei der vorübergehenden Unterbringung wie auch beim Transport der TransitmigrantInnen, die vor allem aus angrenzenden Ländern wie Moldawien, aus Südostasien oder Afrika kommen. Dabei ist es ein offenes Geheimnis, dass das für die Grenzüberwachung zuständige Militär hochgradig in solche Geschäfte verwickelt ist. Es liegt im besonderen Interesse der EU, dass schon die ukrainischen Grenzsoldaten möglichst viele der illegalen GrenzgängerInnen abfangen. Und mit viel Geld, politischem Druck sowie der tätigen Beihilfe internationaler Organisationen¹³ wird seit Jahren alles dafür getan, die ukrainischen Behörden zum effizienten Erfüllungsgehilfen des EU-Migrationsregimes aufzubauen. Dieses Ziel trifft sich (und widerspricht gleichzeitig) mit einem Eigeninteresse in der ukrainischen Grenzarmee. Es soll niemand durchkommen, der nicht extra gezahlt hat, und ohne Bestechungsgelder scheint in der Tat kaum jemand durchzukommen. Umgekehrt: wer genügend Geld hat und „Reiseagenturen“ mit guten Kontakten findet, dürfte an der ukrainischen Grenze kaum scheitern. 2003 kam es zu einem beispielhaften Skandal, als öffentlich wurde, dass ausgerechnet ein Gefangenenbus der Grenzarmee für einen Schleusertransport Richtung grüner Grenze der Slowakei genutzt wurde. Die Reisegruppe hatte offensichtlich gut gezahlt.

Aber auf der Strecke bleiben zunächst diejenigen, die nicht über die entsprechenden Ressourcen verfügen. Und das sind zunehmend mehr Flüchtlinge, die beim „Survival of the Fittest“ nicht mithalten können. Bereits im Sommer 2004¹⁴ tra-





fen wir in Ushgorod eine palästinensische Grossfamilie, die alle Torturen miterlebt hatte. Von den Schleppern irgendwo im Wald ausgesetzt und um ihr Geld gebracht. Dann von der Grenzpolizei geschnappt und schließlich über 5 Monate festgesetzt: die Frauen in einem Lager in Mukachevo, die Männer im mittlerweile berühmt berüchtigten Abschiebeknast Pavshino. Ein militarisiertes Hungerlager, in dem damals ca. 250 Männer eingesperrt waren, die meisten aus Südsostasien, aber auch einige aus Afrika. Mehrmals am Tag zum Appell und Durchzählen antreten, miesestes Essen, kein Strom, Massenschlafsäle und immer der Willkür der Soldaten ausgeliefert. Und an dieser Situation hat sich in Pavshino offensichtlich bis heute nur wenig verbessert^{2/15}.

Pavshino ist das Auffang- und Abschiebelager für einen großen Teil der Migranten und Flüchtlinge, die an der Grenze aufgegriffen werden. Sei es noch auf der ukrainischen oder auch schon auf der slowakischen Seite. Offiziell gilt hier eine 15-km-Grenzzone. Wer dort festgenommen wird, kann entsprechend des Rücknahmeabkommens aus der Slowakei in die Ukraine zurückgeschickt werden. Doch der slowakische Grenzschutz erscheint wenig zimperlich und transportiert bisweilen auch Menschen zurück, die ihnen viel weiter weg bei Kontrollen oder Razzien in die Hände fallen. Wer kann das schon überprüfen?!

Die Festgenommenen bzw. Zurückgeschickten kommen zunächst in den Grenzort Chop, in ein mittlerweile mit EU-Geldern frisch renoviertes Gefängnis direkt an der Grenze. Eine zunehmende Zahl illegaler Grenzgänger stammt aus Moldawien oder Tschetschenien, und weil diese als Bürger früherer Sowjetrepubliken in der Ukraine visumsfrei reisen können, werden sie nach maximal 10 Tagen mit einem Strafzettel in der Tasche wieder ausgesetzt. Sie sollen innerhalb von 15 Tagen selbständig zurückreisen, bei einem erneuten Aufgriff droht jedoch längere Inhaftierung. Tschetschenische

Flüchtlinge sollen allerdings desöfteren mit dem Zug auch bis nach Rußland abgeschoben bzw. ausgeliefert worden sein¹⁶. Nichtsdestotrotz versuchen und schaffen es viele beim 2ten oder 3ten Mal. Das Risiko wird in Kauf genommen, um sich im Westen als Wanderarbeiter zu verdingen und in einigen Monaten zu verdienen, was zuhause einiger Jahre bedarf. Wer aus anderen Ländern des globalen Südens kommt und an dieser letzten Grenze zur EU scheitert, wird zwar ebenfalls kurz nach Chop verbracht. Nach ein paar Tagen heißt die vorläufige Endstation aber Pavshino. Aus China, Indien oder Vietnam, aus Bangladesh und Afghanistan, aus Palästina und Irak oder auch aus Somalia: ca. 400 – 500 Menschen werden hier aktuell und quasi im Auftrag der EU interniert. Bis zu 6 Monaten Abschiebehaft ist angesagt, sozusagen der deutsche Standard. Und wessen Pässe die ukrainischen Behörden bis dahin von den jeweiligen Botschaften ausgestellt bekommen, wird dann auch abgeschoben. Die Verbliebenen werden -zumeist erst gegen Geldzahlungen- wieder „ausgespuckt“, wie die palästinensische Familie, die dann auf neues Geld von Angehörigen und FreundInnen angewiesen war, um offensichtlich erfolgreich einen neuen Versuch in Richtung des westeuropäischen Ziellandes zu unternehmen.

Ca. 5000 Personen wurden nach offiziellen Angaben jeweils in den Jahren 2005 und 2006 an diesem Teil der ukrainischen Grenze festgenommen. Doch geschätzt wird, dass dies allenfalls ein Zehntel derer ist, die durchwollen und durchkommen. Also rund 50.000 der von Europol vor einigen Jahren mal vage geschätzten 500.000, die jedes Jahr illegal die Grenzen der EU bezwingen? Insofern läßt sich – aus dem Blickwinkel eines Frontex-Beamten – schnell nachvollziehen, warum Transkarpatien als echte Problemzone angesehen wird. Und dies wird hoffentlich auch noch viele Jahre so bleiben.

Ob und wie weit dazu auch die „politische Bewegung“ beitragen kann, ist noch eine offene Frage. Mit dem Noborder-Camp

wurden nun Kontakte in die Region Transkarpatien ausgebaut sowie zwischen Ost- und WestaktivistInnen vertieft. Erste Schritte (radikaler) Öffentlichkeitsarbeit wurden begonnen, nicht zuletzt mit der doppelten Abschlussdemonstration des Camps am 17.8., als eine Delegation von 30 Leuten direkt vor dem Lager Pawschino Solidarität mit den Inhaftierten demonstrierte und gleichzeitig über 250 AktivistInnen vor der zuständigen Migrationsbehörde und dann sehr öffentlichkeitswirksam durch Ushgorod protestierten. Basierend auf all diesen Erfahrungen kam der Vorschlag auf, gegen das Lager

in Pawschino eine exemplarische transnationale Kampagne in Gang zu bringen, um das Grenzregime im Osten beständiger zum Thema zu machen¹⁷. Dies wird allerdings nur gelingen, wenn sich die bislang eher punktuellen Kooperationen von Ost- und WestaktivistInnen zu einer längerfristigen gemeinsamen Handlungsfähigkeit verdichten. Die Ausgangsbedingungen dafür haben sich durch das erste ukrainische Nobordercamp jedenfalls stark verbessert.

h., kein mensch ist illegal/Hanau

(1) Ushgorod, eine Stadt mit rund 125.000 EinwohnerInnen, liegt im ukrainischen Transkarpatien, unmittelbar an der ostwärts vorverlagerten EU-Außengrenze der Slowakei und Ungarns.

(2) Siehe Bericht „from Inside“ auf der neuen Webseite: www.pawschino.antira.info

(3) Frontex nennt sich die 2005 eingerichtete europäische Grenzschutzagentur mit Hauptsitz in Warschau, die in erster Linie mit der Überwachung der EU-Außengrenzen befasst ist. Frontex-Schiffe patrouillieren mittlerweile schon vor der Küste Westafrikas, um Boatpeople abzufangen.

(4) Eine gute Zusammenfassung zur sog. Europäischen Nachbarschaftspolitik mit besonderem Bezug zur Ukraine findet sich ebenfalls auf www.pawschino.antira.info

(5) Der Boom der Automobilproduktion in Osteuropa scheint ungebremst, die Slowakei z.B. wird schon als das neue Detroit bezeichnet. Dort wie auch in den tschechischen Fabriken arbeiten im übrigen auch viele UkrainerInnen (siehe auch Texte in der Zeitschrift Wildcat Nr. 76 und 78)

(6) Als Maquiladora werden die Weltmarktfabriken in Mexiko direkt an der US-Grenze bezeichnet, in denen sehr viel geringere Löhne als jenseits der Grenze bezahlt werden.

(7) Davon zeugen die langen Autoschlangen am Grenzkontrollpunkt nach Ungarn, wo das Benzin um einiges teurer ist.

(8) Ende 2006 wurde folgende Reihenfolge der Auswanderungsländer genannt: Russland, Portugal, USA, Italien, Tschechien ...

(9) „Overstayer“ bezeichnet Menschen, die legal eingereist sind, aber dann die Visumsfrist überziehen bzw. gar nicht mehr ausreisen und damit „illegal“ bleiben.

(10) Regularisierungsprogramme gab es in den letzten Jahren in Spanien und Italien, aber z.B.

2001/2002 auch in Portugal, wo damals alleine ca. 60.000 UkrainerInnen legalisiert wurden! Nicht zufällig entwickelt sich seitdem eine starke Kettenmigration nach Portugal.

(11) Vor allem in den standortgebundenen Sektoren (Bau, Landwirtschaft, Haushalt und Pflege ...) wird in allen EU-Ländern nach billigen Arbeitskräften gesucht und dabei auch mit illegalisierten und somit weitgehend entrechteten MigrantInnen kalkuliert.

(12) Geschätzte Zahlen: pro Kopf gerechnet sollen rund 300 Dollar an Rücküberweisungen in Transkarpatien ankommen, jeden Monat! Das wäre mehr als das doppelte des monatlichen Einkommens vor Ort!!

(13) Beispiel vor allem die IOM, die seit Mitte der 90er Jahre ein im Sinne der EU funktionierendes Grenz- und Lagerregime in der Ukraine vorangetrieben hat (siehe auch www.noborder.org)

(14) Im vorliegenden Text finden sich viele Informationen und Einschätzungen, die bereits bei zwei Besuchen in und um Ushgorod im Sommer 2004 und Ende 2006 in Gesprächen und Interviews zusammengetragen wurden.

(15) Siehe auch die hervorragende Reportage von Stephan Dünwald vom Bayrischen Flüchtlingsrat über das Asylsystem und das Lager in Pavshino (Stand August 2006) im Magazin Hinterland – <http://www.hinterland-magazin.de/pdf/04-06.pdf>

(16) siehe (15)

(17) Darauf zielt auch der Osteuropa-Schwerpunkt der neuen 4. Ausgabe des transnationalen Newletters „Crossing Borders“, der ab 1.11.07 unter www.noborder.org zu finden ist.



Globale Bewegungsfreiheit und der Kampf um globale soziale Rechte

EINE ELEMENTARE FORDERUNG MIT SPANNUNGSFELD

Im Februar diesen Jahres wurde – unter Bezugnahme auf die Anti-G8-Mobilisierung – in Frankfurt/Main zu einem Tagesseminar unter dem Titel „Globale Soziale Rechte“ eingeladen. Die gut besuchte Veranstaltung war von einem Vorbereitungskreis initiiert worden, in dem vor allem VertreterInnen von Medico International und Attac, von der IG Metall (FB Gesellschaftspolitik) und kein mensch ist illegal zusammengewirkt hatten. Im Rahmen der Aktionswoche gegen den G8 fand eine Folgeveranstaltung in Rostock statt, mit der neben den bisherigen Schwerpunkten zu universellem Mindesteinkommen, transnationaler Gewerkschaftsarbeit und Migration zusätzlich das Thema ökologischer Gerechtigkeit in die Debatte aufgenommen wurde. In weiteren Treffen der vergangenen Monate (Stand bis September 2007) wurde nun eine gemeinsame Plattform formuliert, die als Grundlage für eine Veranstaltungsreihe dienen soll: zunächst auf dem Sozialforum in Cottbus und danach bundesweit in zumindest 5 weiteren Städten. Diese Initiative für Globale Soziale Rechte zielt auf einen spektrenübergreifenden Verständigungsprozess, um sowohl Gemeinsamkeiten wie Widersprüche in der „Bewegung der Bewegungen“ vertiefend und mit praktischer Perspektive diskutierbar zu machen. Weil dies – wie im Vorwort angedeutet – auch eines der zentralen Anliegen dieser Broschüre ist, dokumentieren wir zum Abschluss dieses Heftes die erwähnte „Plattform“. Vorangestellt ist im folgenden ein Artikel, der die Forderung nach globaler Bewegungsfreiheit genau in diesem Kontext thematisiert und dabei auch auf Widersprüche zu sprechen kommt.

Flucht und Migration sind einerseits Reaktionen auf die massive Ausplünderung und die fortgesetzten Verwüstungen im globalen Süden. Sie drücken aber gleichzeitig den Anspruch auf ein besseres Leben und Einkommen aus, der sich in der Konfrontation mit dem globalen Apartheidregime zu einem Kampf um gleiche soziale Rechte verdichtet.

Kapitalismus im 21. Jahrhundert ist nämlich ohne globales Ausbeutungsgefälle nicht zu denken – konstruiert mittels Ungleichheit, Hierarchisierung, Zonierung, sowohl entlang innerer und noch mehr entlang äußerer Grenzen. Die Kombination rassistischer Ausgrenzung und systematischer Entrechtung mit prekärsten Ausbeutungsbedingungen bezeichnen wir als neue globale Apartheid, gegen die sich die weltweit zunehmenden Bewegungen und (Alltags)Kämpfe von Flüchtlingen und MigrantInnen richten.

Denn MigrantInnen wandern gegen dieses Ausbeutungsgefälle, als vor allem soziale, zumeist stille und politisch nicht artikulierte (Wieder-) Aneignungsbewegung. Sie unterwandern die Grenzregimes, schlagen sich notfalls als Illegalisierte durch, und eine Umverteilung des Reichtums von Nord nach Süd findet heute in erster Linie über die Remisen statt, die im-

mens gewachsenen Rücküberweisungen der MigrantInnen in ihre Herkunftsorte. Migration ist auch insofern ein zentraler Schrittmacher einer Globalisierung von unten ...

... aus Niedriglohnländern in Niedriglohnzonen

Wanderarbeit, temporäre oder saisonale Beschäftigung in den (relativen) Hochlohnzonen sind Möglichkeiten für die Menschen in den Niedriglohnländern, ihr Einkommen zu erhöhen, indem sie also das erwähnte Ausbeutungsgefälle unterlaufen. Für rumänische oder ukrainische ArbeitsmigrantInnen z. B. bringen zwei Monate landwirtschaftlicher Saisonarbeit (für 5-6 Euro pro Stunde) mehr als ein Jahreseinkommen in einer Fabrikarbeit, die dort schon selten genug überhaupt „im Angebot“ ist. Und in Richtung Moldawien, nach Asien oder Afrika wird das Gefälle noch größer. Gleichzeitig sind ArbeitsmigrantInnen aus diesen Ländern zumeist von jeglicher legalen Beschäftigungsaufnahme ausgeschlossen, selbst Einreise und Aufenthalt sind oder

bleiben illegalisiert. Arbeit lässt sich für sie meist nur irregulär finden, doch genau das ist quer durch Europa oder auch in den USA zumindest funktional für die Arbeitsmärkte. Denn Sweatshops und Baustellen, Landwirtschaft und Haushalte, Pflege- und Sexindustrie sind auf billige, flexible und vor allem fügsame, rechtlose ArbeitsmigrantInnen angewiesen. Die Betroffenen sind häufig bereit, ja müssen bereit sein, zu absoluten Niedriglöhnen zu arbeiten. Zugespitzt: das Unterbieten der üblichen Lohnstandards, egal ob Tarife oder Mindestlöhne, wird für viele zur Bedingung, um den Ausschluss aus den (relativen) Hochlohnarbeitsmärkten zu kompensieren, um sich dann mit diesem „Angebotsvorteil“ überhaupt auf dem Arbeitsmarkt erfolgreich behaupten zu können.

Im kapitalistischen Interesse, Niedriglohnjobs überallhin auszuweiten, werden diese MigrantInnen und Wanderarbeiter mit den jeweiligen ansässigen Einwohnern in Konkurrenz gesetzt. Einerseits erscheint es berechtigt und notwendig, die über Jahrzehnte erkämpften oder (um Kampfdynamiken zu vermeiden) zugestandenen Lohnstandards zu verteidigen. Die Unterbietung der Tarif- oder Mindestlöhne von Menschen aus Niedriglohnländern erscheint logisch als Konkurrenz bzw.



Aufakt demonstration in Rostock, 2.06.2007

als Katalysator der Lohndumping-Spirale nach unten. Auf der anderen Seite hat das Migrieren gegen das Ausbeutungsgefälle, das Aneignen der Bewegungsfreiheit für ein besseres Leben, ebenfalls seine berechnete Logik.

Wie mit diesen Widersprüchen umgehen?

Der klassische Protektionismus von konservativen Gewerkschaften bis Oskar Lafontaine ruft nach dem starken Staat. Eben nach mehr gesetzlichen Schutzregelungen, die mit verstärkten polizeilichen Maßnahmen durchzusetzen wären. Zwar wird das zunächst mit dem Kampf gegen die unbremste Ausbeutung in Subkontraktpyramiden oder gleich gegen modernen Menschen- und Sklavenhandel begründet, mindestens in zweiter Linie geht es dann aber auch gegen „die Fremdarbeiter und die Illegalen“. Razzien und Abschiebungen sind dann häufig der notwendige Preis der Aufrechterhaltung des bestehenden Lohngefüges: ein standortnationalistischer Protektionismus, weil er das Ausbeutungsgefälle kaum bis gar nicht thematisiert, weil die von Razzien und Abschiebung Betroffenen geopfert oder gar zu Sündenböcken gemacht werden.

Die Forderungen von Flüchtlingsselforganisationen und aus dem radikaleren antirassistischen Spektrum nach offenen Grenzen, nach dem uneingeschränkten Recht auf Bewegungsfreiheit, sei es aus Gründen der Flucht vor Verfolgung oder Armut, sei es eine Migration gegen das Ausbeutungsgefälle, ist zunächst politisch, sozial und vor allem moralisch im absoluten Recht. Wer aus der Realität und dem Blickwinkel der neoliberalen bis neokolonialen Machtzentren heraus irgendwelche Zugangs-, Ausschluss- und Filtermechanismen fordert oder entsprechende Regulierungen verteidigt, verstößt gegen die grundsätzlichsie aller Maximen: das gleiche Recht für Alle, das insbesondere die Bewegungsfreiheit einschließen muss.

Dennoch muss dieser moralischen Gerechtigkeit die Frage der realen Ungleichzeitigkeiten durch das geschaffene Gefälle gegenübergestellt werden, mit der nun mal von Kapitaleseite in unterschiedlichster Form Spaltungen und Gegeneinander-ausspielen zur verschärften Ausbeutung ausgenutzt oder gar in Gang gesetzt werden. Ein Interessensunterschied oder sogar Gegensatz zwischen einheimisch-etablierten und neugekommen-rechtlosen ArbeiterInnen lässt sich nicht einfach mit plattem Inter- oder Transnationalismus wegreden.

Es ließe sich ein Standpunkt einnehmen, der dem recht-

losesten Subjekt – und das würden wohl die Illegalisierten sein – Zentralität und die klarste Solidarität zuspricht. Doch diese Herangehensweise folgt einer tendenziellen Hierarchisierung der Kämpfe, die es u. E. genau zu vermeiden gilt. Nicht das quasi verlängerte Ausspielen der Unterschiede und damit das Festschreiben der Trennungen ist angesagt sondern Kommunikation und Vermittlung zwischen den Realitäten und Konfliktualitäten: sowohl zwischen verschiedenen Entgarnierungs- und Prekarisierungsprozessen wie auch mit der Frage des Reichtumgefälles und der langfristig notwendigen Umkehrung der Stoffströme von Nord nach Süd. Das heisst, dass die unterschiedlichen sozialen Sorgen und Existenzängste ernst zu nehmen wären, dass jeweils für die „anderen“ Problem zu sensibilisieren wäre.

Wie und wo überbrückende Ansätze vorantreiben?

In den USA (und mittlerweile auch in Europa angekommen!) steht die Justice for Janitors Kampagne für den erfolgreichen Versuch, illegalisierte MigrantInnen gewerkschaftlich zu organisieren und damit gleichzeitig diesen zu mehr Einkommen und Rechten zu verhelfen wie den angeschlagenen Gewerkschaften zu neuen Mitgliedern und Verhandlungsmacht. Der Europäische Wanderarbeitsverein nutzt das Mindestlohngesetz im Bausektor, um osteuropäische Wanderarbeiter gegen

Lohnbetrug zu unterstützen und damit gegen die Dumpingspirale in diesem Bereich anzugehen. Weitere Ansätze für praktische Suchprozesse im Spannungsfeld dieser und anderer nicht einfach aufzulösender Widersprüche wären zu entwickeln oder voranzutreiben, in einer Herangehensweise, mit der auch der Aufruf zur Migrationsdemo am 4. Juni in Rostock endete:

„Wir bestreiten nicht die Unterschiede in den Realitäten und Kämpfen in den jeweiligen Regionen, Ländern und Kontinenten. Oder die Interessensunterschiede zwischen den verschiedenen Gruppen, sei es zwischen den temporären und den dauerhaften MigrantInnen, oder zwischen prekär beschäftigten „Staatsbürgern“ und illegalisierten „Fremden“ Aber wir sind überzeugt von der Notwendigkeit, diese Differenzen zu überbrücken und zu kommunizieren indem wir auch diese Grenzen überschreiten und nicht zuletzt die Mauern in den Köpfen überwinden. Wir suchen die Verbindung zu anderen sozialen Bewegungen, zu progressiven Kräften in Gewerkschaften und anderen Institutionen, die sich gemeinsam mit uns gegen soziale und politische Ungleichheit und Entrechtung einsetzen. Auch deswegen beteiligen wir uns an den Aktionen gegen den G8-Gipfel. Wir zielen auf einen Prozess des „Gemeinsam-Werdens“, indem wir gegen das gleiche Apartheid- und Migrationsregime und für globale soziale Rechte kämpfen.“

h., kein mensch ist illegal/Hanau





DOKUMENTATION:

Plattform der Initiative für Globale Soziale Rechte

Der bloße Verweis auf die Globalisierung genügt nicht mehr, um neoliberale Reformen als alternativlos darzustellen und durchzusetzen. Die herrschende Politik und ihre Medien entdecken ihr „soziales Gewissen“ und wollen Globalisierung endlich auch „sozial gestalten“. Das ist auch den Protesten von Seattle, Genua und Heiligendamm zu verdanken. Doch noch ist die Opposition zersplittert, beschränken sich soziale Bewegungen, Gewerkschaften und NGOs zu sehr auf den eigenen Bereich und das eigene Klientel. Dem entspricht, dass die zentralen Losungen der Jahre nach Seattle – „Eine andere Welt ist möglich!“ und „Fragend schreiten wir voran!“ – an provokatorischer Kraft verloren haben: Nicht, weil sie falsch geworden wären, sondern weil der Stand der Bewegungen und Kämpfe wie die Dringlichkeit der ihnen gestellten Probleme mehr verlangt.

Dabei zieht sich durch von einander scheinbar unabhängige, jedenfalls getrennt ausgetragene Auseinandersetzungen ein roter Faden, der sie untergründig miteinander verbindet und vielleicht das Potenzial eines gemeinsamen Projektes birgt: Geht es doch in ganz verschiedenen Initiativen nicht nur auf den ersten Blick darum, der Globalisierung des Kapitals, der Märkte und der Waren mit einer Globalisierung der Sozialen Rechte zu begegnen.

1 So diskutieren entwicklungspolitische NGOs die Forderung nach einem universellen Mindesteinkommen, mit dem sich jeder Mensch am Ort seines Lebens täglich drei Mahlzeiten kaufen kann. Sie schlagen damit eine heute schon mögliche Lösung für den augenfälligsten Skandal des Globalisierungsprozesses vor, den Skandal, dass in einer Welt, die Nahrungsmittel nachweislich im Überfluss produziert, fast eine Milliarde Menschen vom Hungertod bedroht sind. Indem diese NGOs ein solches universelles Mindesteinkommen in der Form einer jedem Menschen zu-

stehenden Zahlung einfordern, artikulieren sie einen Globalen Sozialen Rechtsanspruch auf eine – nur im Rahmen eines Ressourcentransfers vom Norden in den Süden einzulösende – weltgesellschaftliche Garantie des individuellen Überlebens aller. Derselbe Anspruch wird auch mit anderen Forderungen wie der nach einem rechtlich garantierten weltweit gleichen und freien Zugang aller zu Gesundheit erhoben. In der Konfrontation mit einem besonderen Problem entwerfen sie derart das Bild einer möglichen Welt, die im Verhältnis zur heute bestehenden nicht nur für die unmittelbar Betroffenen eine ganz andere Welt wäre.

2 Unter den Bedingungen einer strukturellen Massenarbeitslosigkeit und der beständigen Erpressung durch transnational operierende Konzerne sehen sich heute noch national organisierte Gewerkschaften zunehmend genötigt, ihr betriebliches und politisches Handeln auf internationaler und globaler Ebene abzustimmen. In länderübergreifenden Kooperationen versuchen sie deshalb, gemeinsame Standards als konzernweit bindende Vereinbarungen durchzusetzen. Sie wollen so eine strategische Antwort auf den Umstand finden, dass sich die global entfesselte Konkurrenz der Kapitale bisher zwangsläufig in eine Konkurrenz der nationalen Interessenvertretungen von ArbeiterInnen und Angestellten übersetzen musste. Indem sie die sozialen Rechte der Lohnabhängigen als zuletzt nur noch global durchzusetzende soziale Rechte artikulieren, tragen sie aus ihrer Perspektive zu einem umfassenden Prozess der Globalisierung der Sozialen Rechte aller bei.

3 Globale Soziale Rechte setzt aber auch der Anspruch der MigrantInnen auf weltweite Bewegungs- und Niederlassungsfreiheit auf die Tagesordnung. Das stellt nicht nur Grenzen und soziale Hierarchien, sondern sämtliche nationalstaatlich-protektionistischen und noch die

auf den europäischen Raum erweiterten Politikkonzeptionen in Frage. Die Widersprüche unter den Lohnabhängigen spitzen sich im Verhältnis zum Rechtsanspruch der MigrantInnen noch einmal zu. Das ist kein Zufall, weil sich die Ambivalenzen des Globalisierungsprozesses in der Figur der MigrantIn und den Strategien der selektiven Ein- und Ausgrenzung verdichtet, der sie unterworfen werden soll.

4 Die Komplexität eines Projektes für Globale Soziale Rechte scheint sich nochmals zu vervielfachen, sobald die unumgänglichen ökologischen Fragen einbezogen werden. Was bedeutet Globale Ökologische Gerechtigkeit, wenn die klassischen Industrieländer die historische Schuld (nicht nur) für den Klimawandel tragen, einige Schwellenländer mittlerweile an der Schraube mitdrehen und vor allem die armen Länder von den Konsequenzen betroffen sind? Hinzu kommt die zeitliche Brisanz: Gelingt es nicht, den globalen Trend der ansteigenden CO₂ Emissionen in den nächsten 10 – 15 Jahren zu brechen, drohen unkontrollierbare und unumkehrbare Folgen.

5 Soll das Potenzial der unterschiedlichen Initiativen für eine Globalisierung Sozialer Rechte wirklich freigesetzt werden, kann es nicht um das freihändige Erstellen eines Katalogs der Wünschbarkeiten gehen, sondern nur um einen offenen Austausch über die inneren Widersprüche der AkteurInnen einer solchen „Globalisierung von unten“. Es ginge dann, um mit der Ökologie zu beginnen, um die Frage, wie Entwicklung und Wachstum aus unterschiedlichen Blickwinkeln definiert und zu den ökologischen Grenzen ins Verhältnis gesetzt werden können. Zur Disposition gestellt wird dann ein Lebensstil, der aus ökologischer Verantwortung nicht globalisierbar ist, obwohl global nach ihm gestrebt wird. Um ein Beispiel zu geben: das Recht auf globale Mobilität lässt sich über die Vervielfachung der dominanten Verkehrsformen (vom Auto bis zum Flugzeug) auch dann nur um den Preis einer ökologischen Katastrophe umsetzen, wenn weitere technologische Fortschritte unterstellt werden. Sollen Individualverkehr und Reisen aber nicht das Privileg einer begüterten Minderheit bleiben, scheint eine Lösung nur im Verzicht zu liegen, der faktisch von den globalen Mittelklassen, also von uns zu leisten wäre. Oder suchen und setzen wir auf „die ganze Bäckerei“, auf gänzlich neue Verhältnisse, in denen wir das gute Leben mit einem global verträglichen Ressourcen- und Energieverbrauch neu erfinden können und müssen?

„Win-Win“-Situationen stellen sich jedenfalls selten automatisch her. Im Gegenteil: Die vorherrschende Standortlogik setzt auf Konkurrenz und gegenseitiges Ausspielen zugunsten höherer Ausbeutungsraten, und das nicht nur zwischen globalem Süden und Norden, sondern auch zwischen Betrieben, die zum gleichen Firmenimperium gehören und oft sogar im gleichen Land angesiedelt sind. Werden dabei fest angestellte Lohnabhängige gegen Leih- und ZeitarbeiterInnen und natürlich gegen die schon Erwerbslosen in Konkurrenz gesetzt, verschärft sich das System der Spaltungen noch einmal im Verhältnis der „einheimischen“ Lohnabhängigen zu den migrantischen ArbeiterInnen. Außer Sicht gerät dabei,

dass die MigrantInnen aus der berechtigten Suche nach einem besseren Leben gegen ein absichtsvoll konstruiertes Lohngefälle und ein Grenz- und Visaregime wandern, das sie nötigt, sich „illegal“ und nahezu rechtlos in genau den Niedriglohnssektoren durchzuschlagen, in die zugleich die Zeit- und LeiharbeiterInnen und natürlich auch die Erwerbslosen hineingezwungen werden.

6 Soll der Widerstand gegen diese Spaltungen nicht nur auf die abstrakte Einsicht gegründet werden, dass alle ArbeiterInnen und Angestellte trotz der sie trennenden Status-, Landes- bzw. Staatsgrenzen Glieder der Verwertungskette ein und desselben transnational operierenden Kapitals sind, muss in der alltäglichen Gewerkschaftsarbeit erfahrbar werden, dass es nicht die migrantischen, nicht die Leih- und Zeitarbeiter und nicht die Erwerbslosen sind, die für das Vorliegen solcher Arbeitsverhältnisse und deren Effekte auf dem weiteren Arbeitsmarkt verantwortlich sind. Deshalb kommt den inner- wie außergewerkschaftlichen Ansätzen große Bedeutung zu, in denen sich Menschen mit und ohne Erwerbsarbeit oder ArbeiterInnen mit und ohne Papiere jeweils gemeinsam für ihre Rechte organisieren. Dass einerseits Flucht und Migration zu einem wachsenden Anteil mit ökologischen Verwüstungen im globalen Süden zusammenhängen und dass andererseits eine gerechte Verteilung der Ressourcen vielen Menschen im Süden ein „Recht zu bleiben“ ermöglichen würde, deutet dann auf weitere Verknüpfungen und potenzielle Gemeinsamkeiten vermeintlich partikularer Interessen hin. Es entspricht allerdings der Tiefe und Schärfe der materiellen und symbolischen Trennungen, dass die Kommunikation nicht nur zwischen den unmittelbar Betroffenen, sondern auch zwischen ihren Organisationen bzw. Repräsentationen erst noch zu stiften oder jedenfalls zu vertiefen sind: zwischen verschiedenen (meist noch) national organisierten Gewerkschaften, Selbstorganisationen der prekär Beschäftigten, der Erwerbslosen und der MigrantInnen, Netzwerken der antirassistischen Solidarität und entwicklungspolitischen sowie ökologisch orientierten NGOs. Ein Medium solcher Kommunikation sind dabei die Sozialforen der globalisierungskritischen Bewegung.

7 Die Diskussion über die unterschiedlichen Eigenlogiken der Handlungsfelder von AktivistInnen sozialer Bewegungen, MitarbeiterInnen von NGOs und GewerkschafterInnen ist ein erster Schritt, um gemeinsame Interessen und unter ihnen das besondere Interesse an einer gemeinsamen Politik Globaler Sozialer Rechte zu definieren. Für einen solchen Anfang im Prozess der „Bewegung der Bewegungen“ ist viel gewonnen, wenn verständlich wird, dass und wie es allen Beteiligten bei allen Unterschieden und Widersprüchen um die unabweisliche Notwendigkeit geht, soziale Rechte nicht mehr nur in nationalen Grenzen, sondern in weltweiter Geltung zu erstreiten. Weltweit, sofern sie zuletzt überall, und weltweit, sofern sie dann in jedem einzelnen Land für alle gelten werden.

Zum Weiterlesen

Seiten zu G8 und Migration

- www.nolager.de Zentrale Dokumentationsseite
- www.g8-migration.net.tf Aufruf in 3 Sprachen

Mobilisierungsseiten zum G8

- www.gipfelsoli.org
- www.heiligendamm2007.de
- www.g8-alternative-summit.org
- www.g8-2007.de

Dokumentationsseiten der G8-Protteste

- www.kein.tv Videodokumentationen, v.a. auch der migrationsbezogenen Aktivitäten
- www.g8-tv.org Videodokumentationen der G8-Protteste
- www.uni-rostock.de/G8-Wir_sind_nicht_sprachlos/alternativesummit.html Videodokumentationen des Alternativgipfels
- <http://de.indymedia.org/g8heiligendamm> Feature zu den G8-Protessen
- <http://de.indymedia.org/2007/06/180883.shtml> Feature zu den Aktionen zu Flucht und Migration während des G8

Deutschsprachige Seiten zum Thema Flucht und Migration

- www.antira.info Deutschsprachiges Antira-Portal, u.a. mit Sonderseiten zu Frontex, Pawschino (Lager in der Ukraine), Irak-Abschiebungen, Bleiberecht
- www.borderline-europe.de Seite zur europäischen Grenzabschottung
- www.aktivgegenabschiebung.de Seite des Aktionsbündnisses gegen Abschiebungen Rhein-Main und kein mensch ist illegal
- www.thecaravan.org und → www.carava.net Seiten der Karawane für die Flüchtlinge und MigrantInnen
- www.proasyl.de Bundesweite Lobbyorganisation für Flüchtlinge
- www.no-racism.net Österreichisches Portal zu Antira- und Migrationsthemen

Internationale Seiten zum Thema Flucht und Migration

- www.noborder.org Seite des Internationalen Noborder-Netzwerks
- www.nolager.org Seite des internationalen NoLager-Netzwerks
- www.migreurop.org Seite des Migreurop-Netzwerkes
- www.meltingpot.org Melting Pot Europe Project – Italienisch/Internationale Plattform zu Flüchtlings- und Bürgerrechten
- www.fortresseurope.blogspot.com Fortress Europe – mehrsprachige Seite über die Opfer der Festung Europa
- www.ecre.org Seite des Europäischen Flüchtlingsrates
- www.picum.org Platform for international cooperation on undocumented migrants.

Dachverband für die Rechte illegalisierter MigrantInnen



Kurzchronologie zu Flucht / Migration in der Anti-G8-Woche in Rostock im Juni 2007

FREITAG, 1.6. Verteilung von rund 10.000 Exemplaren der deutsch-englischen Zeitung „Crossing the borders of G8“ beginnt. **SAMSTAG, 2.6.** Gebanntes Interesse bei der Rede des Vertreters der Flüchtlinge auf einer der Auftaktkundgebungen der Grossdemo in Rostock *siehe Seite 7*; die Spitze der „Marschsäule West“ wird anschließend angeführt von den Netzwerken zu Flucht und Migration, mit Transparenten des NoLager-Netzwerks „Globale Bewegungsfreiheit für Alle“, der Karawane „Wir sind hier, weil ihr unsere Länder zerstört“ und von „kein mensch ist illegal“.

SONNTAG, 3.6. 11 Uhr: Auftaktveranstaltung „Beyond Europe“ u.a. mit Lucile Dumas von attac Marokko über das unmenschliche Grenz- und Lagerregime der EU *siehe Seite 8* und Gyeke Tanoh aus Ghana zu den EPAs *siehe Seite 32*. 14 Uhr: Transnationales Netzwerktreffen zu Flucht und Migration mit über 200 AktivistInnen zu verschiedenen Schwerpunktthemen. **MONTAG, 4.6.** Aktionstag Flucht und Migration 8 Uhr morgens: Ca. 2000 Menschen bei der Belagerung und Blockade der Ausländerbehörde in Rostock; 10 Uhr: 2–3000 Menschen demonstrieren in Rostock-Lichtenhagen im Gedenken an die rassistischen Prognome vor 15 Jahren. Gleichzeitig Kundgebung mit 200 Beteiligten vor einem Lidl-Supermarkt *siehe Seite 20*; 13 Uhr: 6–10.000 Menschen versammeln sich zur anschließenden Demonstration für globale Bewegungsfreiheit und gleiche Rechte für Alle. Die Polizei lässt die Demo nur mit großer Verzögerung loslaufen, später wird die angemeldete Route durch die Innenstadt ganz blockiert mit dem Hinweis, dass weit mehr DemonstrantInnen teilnehmen würden als angemeldet. Die Demo wird daraufhin abgebrochen, weil die angebotene Ausweichroute inakzeptabel ist und eine Eskalation unbedingt vermieden werden sollte. 21 Uhr: „Globale Bewegungsfreiheit gegen globale Apartheid“ Spannende Talk-Runde mit AktivistInnen aus vier Kontinenten *siehe Seite 11*. **DIENSTAG, 5.6.** Beeindruckende Eröffnungsrede von Jean Ziegler zum Auftakt des Alternativgipfels in der überfüllten Nicolaikirche, danach spricht u.a. Madjiguene Cisse, ehemalige Sans Papier Aktivistin aus Paris und heute im Senegal in Frauenprojekten aktiv *siehe Seite 28*. **MITTWOCH, 6.6.** Podium zu den strukturellen Hintergründen von Flucht und Migration beim Alternativgipfel, großer Andrang und reges Interesse an der vor allem mit afrikanischen AktivistInnen besetzten Veranstaltung *siehe Seiten 25 und 30*. **DONNERSTAG, 7.6.** Euro-afrikanisch zusammengesetzter Workshop zum EU-Grenzregime und seinen brutalen Folgen im Mittelmeerraum *siehe Seiten 17 und 23*. Bei der Abschlussveranstaltung des Alternativgipfels betont Sandro Mezzadra aus Italien einmal mehr die zentrale Rolle migrantischer Kämpfe in der „Bewegung der Bewegungen“.

